

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Bei Abholung aus unserer Expedition Zimmerstraße 44 1 Mark pro Monat. Postabonnement 4 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1889 unter Nr. 866.)

für das Ausland: Täglich unter Kreuzband durch unsere Expedition 3 Mark pro Monat.

Insertionsgebühr

beträgt für die 4 gespaltenen Zeilen oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin S.W., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3-7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 10 Uhr Vormittags geöffnet.

← Fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106. →

Redaktion: Breithstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Etwas von den deutschen Steinkohlenwerken.

Die klägliche Lage der in Kohlenbergwerken beschäftigten Arbeiter ist durch die Ausstands-Bewegungen dieses Jahres so offenkundig geworden, daß man Mitglied der Dortmunder Handelskammer oder Redakteur der „Rhein.-Westfäl. Ztg.“ sein muß, um über die Zunahme des Wohlstandes unter den Grubenleuten entsetzt zu sein, wie über die Begehrlichkeit der Arbeiter in sittliche Entrüstung zu geraten.

Es verlohnt sich nicht, die Ausflüchte und Spiegelreflexionen der Schreiber des Unternehmertums nochmals zu zeigen. Wo die Thatsachen so berechtigt gesprochen haben, ist es überflüssig, längst nachgewiesenes nochmals zu beweisen.

Uns interessiert heute die Entwicklung des großkapitalistischen Betriebes in den deutschen Steinkohlengruben. Man kann an den Zahlen, wie sie die amtliche Statistik liefert, recht deutlich den Gang unserer ökonomischen Entwicklung verfolgen. Immer mehr werden die Produktionsmittel konzentriert, immer mehr kleinere und kleine Betriebe fallen im Kampfe gegen das übermächtige Großkapital, das durch die Vereinigung gewaltiger Mittel, durch die intensive Ausbeutung jedes technischen Fortschritts, sobald dieser Fortschritt verspricht, Profit abzuwerfen, durch seine Machtentfaltung auf dem inländischen und ausländischen Markt, durch seine raffinierte Ausnutzung jeder Konjunktur die kapitalischschwachen Mitbewerber rücksichtslos niederzukonkurrieren. Die Aktiengesellschaft kommt im Bergbau zur Herrschaft, und die verbündeten Geldmänner laufen Sturm gegen die kleinen Betriebe.

Betrachten wir den Steinkohlen-Bergwerksbetrieb im Zeitraum 1878-1887!

Und zwar zunächst die Zahl der betriebenen Werke* und die mittlere Belegschaft. Es gab

Jahr	Anzahl Gruben	Mittlere Belegschaft
1878	518	168 068 Köpfe
1879	503	170 509 "
1880	497	178 799 "
1881	495	186 335 "
1882	491	195 958 "
1883	489	207 577 "
1884	467	214 728 "
1885	469	218 725 "
1886	450	217 581 "
1887	431	217 357 "

Die minimale Zahl von Werken, welche das betreffende Produkt nur als Nebenprodukt herstellen, lassen wir fort, da dieselbe auf das Ergebnis auch nicht den geringsten Einfluß hat.

Feuilleton.

Germinal.

Sozialer Roman von Emile Zola.

Neu autorisierte Uebersetzung von Ernst Siegler.

Stephan entschied, daß sämtliche Kolonien bis zum nächsten Abend im Walde zusammen berufen werden sollten. Das Feuer war ausgebrannt, wie bei Levaques, und plötzlich verloschte das Licht. Sie hatten keine Kohle, kein Petroleum, keinen Kalgsumpf mehr, sie mußten sich durch die finstere Kälte, die ihnen prickelnd die Haut zusammenzog, ins Schlafszimmer hinaufstufen. Die Kinder weinten.

Jeanlin war jetzt geheilt und konnte wieder gehen; aber seine Beine waren schlecht zusammengefügt, er hinkte auf beiden Seiten, und wenn er schnell, wie früher, mit seiner affenartigen Geschicklichkeit dahinlief, watschelte er wie eine Ente.

Am nächsten Abend lauerte er mit seinen unzertrennlichen Gefährten Vebert und Lydia auf der Landstraße bei Réquillart hinter einem Saune versteckt, gerade gegenüber einem kleinen Krautladen, der dort an der Kreuzung eines Fußweges stand. Eine alte, fast blinde Frau bot darin drei oder vier Eide Linsen und Erbsen feil, und in der Thüre ihres Ladens hing ein alter gedorrter Stockfisch, der über und über mit Fliegenschmutz besät war. Auf diesen Fisch hatte Jeanlin abgesehen und er hatte schon zweimal Vebert herübergeschickt, um ihn herabzureißen; aber immer war jemand vorübergegangen.

Fortwährend Leute, die Einem in den Weg kommen,

Die Zahl der betriebenen Werke hat sich von 1878 bis 1887 stetig vermindert, die Menge der angewendeten Arbeitskräfte dagegen ist im gleichen Jahrzehnt beständig gewachsen, ein drastischer Beleg für die Verdichtung der Produktionsmittel, für die rasche Entfaltung des Großbetriebes. Die Abnahme der Betriebe beträgt 16,7 Prozent, die Steigerung der Händeiffer 29,3 Prozent. Es entfiel durchschnittlich auf ein Werk

Table II.

Jahr	Mittlere Belegschaft pro Werk
1878	324,3
1879	338,9
1880	359,7
1881	376,4
1882	399,1
1883	424,4
1884	459,8
1885	466,3
1886	483,5
1887	504,3

Von Jahr zu Jahr wächst die Menge der von den Grubenlords ausgenützten Arbeitskräfte. Während 1878 auf ein Werk 324,3 Arbeiter treffen, kommen 1887 bereits 504,3 auf ein betriebenes Werk. In Prozenten ausgedrückt, hat die Zahl der durchschnittlich in einem Werk beschäftigten Grubenleute von 1878 bis 1887 um fünf und fünfzig und ein halbes Prozent zugenommen.

Schlagender kann der Fortschritt der ökonomischen Entwicklung wohl kaum nachgewiesen werden, als durch diese aus offiziellen Angaben berechneten Zusammenstellungen. Die Betriebe vermindern sich, den kleinen Gewerlen wird der Garau gemacht, aber die Zahl der von der verminderten Zahl Werke beschäftigten Arbeiter ist in ununterbrochener Zunahme begriffen. Die bürgerliche Wirtschaftsweise bringt es mit sich, daß die Kleinbetriebe von den Großbetrieben aufgesaugt, daß die kleinen Ausbeuter von den großen bei Seite geschoben werden. Die Monopolisierung der Produktion läßt sich nicht aufhalten, und zahlreiche klein kapitalistische Existenzen werden vernichtet.

So wüthet die Bourgeoisie gegen ihr eigen Fleisch und Bein. Saturn frisst seine Kinder.

Aber wenn sich die Menge der Werke vermindert und die Zahl der Hände vermehrt, so verändern sich auch die Daten der Produktionsstatistik, dieses verhältnißlosen Schooßkindes der offiziellen Statistiker. Wir haben in den deutschen Steinkohlen-Bergwerken folgende Produktionsverhältnisse:

Table III.

Jahr	Menge in 1000 Tonnen	Werth in 1000 Mark
1878	39 589,8	207 916
1879	42 025,7	205 703
1880	46 973,6	245 665
1881	48 688,2	252 252
1882	52 118,6	267 859

rief Jeanlin ärgerlich, „man kann nicht ruhig seinen Geschäften nachgehen!“

Ein Reiter wurde sichtbar, und die Kinder warfen sich hinter den Planen glatt auf den Fußboden; sie hatten Herrn Hennebeau erkannt. Man sah ihn seit dem Ausbruch des Streikes oft so ohne Begleitung mit ruhigem Muth die empörten Arbeiterviertel durchstreifen. Und niemals war ein Stein nach ihm geworfen worden; er begegnete Leuten, welche ihn zögernd und widerwillig grüßten, oder verliebten Paaren, die sich nicht um Politik kümmerten und nur ihrer Liebe lebten. Dann pflegte er das Gesicht abzuwenden, um Niemand zu stören, während ein neidischer Schmerz ihm die Brust schnürte. Er bemerkte die Kinder in ihrem Versteck und ritt, steif im Sattel sitzend, bis an den Kragen in seinen schwarzen Rock geknöpft, vorüber.

„Verdammt“, flüsterte Jeanlin, „wird man endlich Ruhe haben! Jetzt lauf schnell, faß ihn beim Schwanz und reiß ihn los!“

Aber zwei Männer kamen vorüber, und Jeanlin unterdrückte einen Fluch, denn er hatte die Stimme seines Bruders erkannt, welcher seinem Freund Mouquet erzählte, wie er vierzig Sous im Unterrod seiner Frau eingenäht gefunden. Beide lachten und klopfen sich gut gelaut auf die Schultern; dann schlug Mouquet eine große Ballpartie für den nächsten Tag vor. Man würde um zwei Uhr von Raffeneur's Gasthause aufbrechen und nach Montoire zu über die Felber hinweg spielen. Zacharias war einverstanden: man solle ihn zufrieden lassen mit der dummen Politik, es sei viel gescheider, sich einen guten Tag zu machen. Sie wollten eben bei der Biegung des Weges verschwinden, als Stephan, vom Kanal kommend, sie aufhielt und mit ihnen zu plaudern begann.

„Teufel!“ sagte Jeanlin leise, „wollen die hier über

Jahr	Menge in 1000 Tonnen	Werth in 1000 Mark
1883	55 943,0	293 628
1884	57 233,9	298 780
1885	58 320,4	302 942
1886	58 056,6	300 728
1887	60 334,0	311 077

Während 1878 rund 39 589 000 Tonnen (die Tonne = 20 Zentner) Steinkohlen von 518 Werken zu Tage gebracht worden, betrug das Produktionsquantum der 431 Werke im Jahre 1887 60 334 000 Tonnen, also 52,4 pCt. Der Produktionswerth stieg von 207 916 000 M. in 1878 auf 311 077 000 M. oder um 44,3 pCt.!

Auf ein Werk trafen durchschnittlich

Table IV.

Jahr	Menge in 1000 Tonnen	Werth in 1000 M.
1878	76,4	401,3
1879	83,5	408,9
1880	94,5	492,2
1881	98,3	509,6
1882	106,1	545,5
1883	114,4	600,4
1884	122,5	639,9
1885	124,3	645,9
1886	129,2	668,2
1887	139,9	727,1

Im Jahre 1878 entfiel auf ein Werk eine Produktionsmenge von 76 400 Tonnen im Werthe von 4 013 000 M., 1887 betrug die entsprechenden Ziffern 139 900 Tonnen bezw. 7 271 000 M. Das heißt, das Produktionsquantum stieg um 83,1 pCt., der Produktionswerth um 81,1 pCt.

Der Profit ist im steten Steigen, und ebenso die Intensität der Arbeit. Die Ausbeutung der Arbeitskraft ist eine immer höher potenzirte geworden, die auf den Arbeiter entfallende Leistung ist gewachsen. Man betrachte folgende Uebersicht! Es traf auf die Steinkohlengrubenarbeiter in einem Werk (vgl. Table II)

Table V.

Jahr	Durchschnittsleistung in Tonnen
1878	235,1
1879	246,0
1880	262,2
1881	264,0
1882	265,6
1883	269,1
1884	270,6
1885	266,5
1886	266,7
1887	277,5

Soweit die Löhne eine Steigerung überhaupt aufzuweisen scheinen, entspricht ihnen eine gesteigerte Arbeitsleistung, ganz abgesehen von der enormen Zunahme der Hauptlebensmittelpreise. Dazu kommt,

Nacht bleiben? Es wird spät; die Alte wird ihren Laden zuschließen!“

Ein anderer Minenarbeiter kam und ging den Weg nach Réquillart hinab. Stephan begleitete ihn, und als sie bei der Bretterwand vorüber schritten, vernahm Jeanlin, wie sie von der Versammlung im Walde sprachen, welche auf den nächsten Abend verschoben war, da es nicht möglich gewesen, alle Kolonien an einem Tage zu verständigen.

„Hört Ihr“, flüsterte Jeanlin seinen Gespielen zu, „der große Rummel ist morgen Abend; wir müssen dabei sein, am Nachmittag brennen wir durch!“

Und da der Weg endlich frei war, schickte er Vebert zu dem Häuschen gegenüber:

„Sei lech, zieh tüchtig, und nimm Dich in Acht: die Alte hat einen Besen!“

Es dunkelte bereits. Vebert war mit einem Sahe drüben, packte den Fisch und riß mit kräftigem Rud die Schnur entzwei, an welcher er hing; dann, seine Beute wie einen Drachen in der Luft schwenkend, rannte er über das Feld und die beiden Andern hinter ihm her. Die Alte mochte das Getrampel ihrer Füße gehört haben, sie kam bestürzt aus ihrem Laden und bläte den fliehenden Kindern nach, doch ohne sie zu erkennen und ohne zu verstehen, warum sie so schnell über die Ebene dahin galoppirten.

Diese drei Spitzbuben waren der Schrecken des Landes geworden. Zuerst hatten sie sich die Halde des Boreux beschränkt, in deren Höhlen sie sich tagelang versteckten, und auf den Vorhof der Grube, wo sie in den Kohlenbergen herumkletterten und hinter den Holzstößen spielten. Bald aber sah man sie überall: in den Feldern rissen sie allerhand Kraut aus und verzehrten es; im Kanal stahlen sie aus den Behältern die Fische, welche sie roh verschlang; und endlich wagten sie sich gar bis nach Montsou und Marchiennes, verüsteten unter Jeanlin's Führung die Zwiebelgärten, und

daß je intensiver die Leistungsfähigkeit des Arbeiters ange-
spannt wird, um so rascher seine Arbeitskraft verbraucht, er
um so schneller invalide wird. Wie der „**Abnutzungskoeffizient**
der Arbeitsfähigkeit“ durch
das Wachsen der Durchschnittsleistungen bestimmt,
darüber belehrt u. a. eine Abhandlung des Sanitätsrats
Dr. Polke in Kattowitz über die Lebensverhältnisse der
schlesischen Arbeiter. Nach ihm betrug im schlesischen
Kohlenbergbau:

Jahre	Zahl der Invaliden infolge von Entkräftung.	Durchschnitts- leistung Tonnen.
1869-1874	4,48 pro Mille.	242,8
1875-1880	7,66 „ „	275,6
1881-1886	9,50 „ „	313,5

So zu lesen in der „Zeitschrift des oberschlesischen
Berg- und Hüttenmännischen Vereins“ Jahrgang 1888.

Es ist vielleicht nicht unangebracht, diese Daten jetzt
den Arbeitern zur Kenntnissnahme zu bringen als — Weg-
weiser für die Enquete der preussischen Regierung über die
Kohlenarbeiter-Verhältnisse.

Für die Enquete, die noch immer nicht ihre Ergebnisse
der Öffentlichkeit übermittelt hat.

Politische Ueberblick.

„Staatsfeinde“ sollen wir Sozialisten, nach den Deduk-
tionen der Staatsanwaltschaft sein. Das Material, wie es zu
der Riefenanlage, die gegenwärtig am Ubersfelder Landgericht
verhandelt wird, zusammengetragen worden ist, läßt keinen
Zweifel daran aufkommen und der Abg. Bebel hatte Recht,
als er in der Donnerstags-Sitzung, bei Veranlassung mehrerer
Artikel aus dem „Sozialdemokrat“ bemerkte, es wäre richtiger,
wenn man diesen Prozeß einen Hochverratsprozeß genannt
hätte. „Staatsfeinde“! — Man könnte glauben, wir lebten
in einer verkehrten Welt, in der alle Begriffe auf den Kopf ge-
stellt sind.

Durch die Sprache der offiziellen und reaktionären
Blätter hat man sich daran gewöhnt, den Sozialismus
als Staatsfeindlich zu betrachten. Wer das glaubt, hat
das Wesen des Sozialismus nicht erkannt. Denn der
Sozialismus beruht auf Zentralisation und kann
ohne eine kräftige und vollstänbliche Staatsgewalt gar
nicht gedacht werden. Weit davon entfernt, dem Staate feind-
lich zu sein, enthält sogar der Sozialismus eine Stärkung des
Staatsbegriffs und die Mandatsträger werden deshalb
den Sozialisten — ohne Beweis dafür — vor, daß die
letzteren eine alle Freiheit erlösende Staatsallmacht anstreben.
Weshalb es Staatsfeinde?

O ja, aber sie sind bei den Sozialisten nicht zu suchen.
Wer ein Gegner eines bestimmten Regierungssystems oder
einer noch seiner Meinung zeitgemäßer Einrichtungen ist,
der ist doch kein Gegner des Staatsbegriffs selbst. Aber
man sieht es heute eben, die Begriffe selbst zu wenden und zu
drehen, den Inhalt mit der Form zu verwechseln.

Staatsfeinde sind heute die — Anarchisten und die
Bourgeoisie.

Die Anarchisten erklären sich offen gegen den Staatsbegriff
und wollen die Gesellschaft in kleine Gruppen auflösen, wobei
auch der Staatsverband in Trümmer gehen müßte. Schon wenn
man bedenkt, daß wir in der Epoche der Großproduktion leben,
begreift man leicht, daß diese Theorie eine völlig falsche ist.
Die Staatshilfe kann soziale Schäden heilen, die „Autonomie
des Einzelnen“ kann nur Verwirrung anrichten.

In diesen Dingen aber begegnen sich der Anarchismus und
der Sozialismus.

Wie der Anarchismus die Gesellschaft in Gruppen auf-
lösen will, so hat der Sozialismus schon die Auflösung
in seiner Weise vollzogen, indem er die Gesellschaft in eine
Reihe von Interessengruppen zerlegt hat, die sich gütlich und
unaufhörlich bekämpfen. Die Autonomie des Einzelnen, d. h.
die Freiheit zu thun, was man will, eine Auffrischung des
alten barbarischen Rechts des Stärkeren, ist in der freien Kon-
kurrenz bis zu einem gewissen Grade gleichfalls enthalten,
wir sehen ja täglich, wie der einzelne Kapitalist von seiner „Auto-
nomie“ Gebrauch macht und sich Elbogenraum schafft.
Indem er andere niederkonkurrt, macht er von dem Recht des
Stärkeren uneingeschränkten Gebrauch.

Die Vertreter des modernen Kapitalismus, die große
Bourgeoisie und ihre Anhänger lassen es niemals an Verheerungs-
geschäften fehlen, daß sie staatsfeindlich seien. Dadurch wird
sich nur der Unkundige täuschen lassen. Schon vor langer Zeit
wurde der Satz aufgestellt, die Bourgeoisie sucht den Staat zu
ihrem Nachwächter zu machen, und wenn man die Staaten
betrachtet, in welchen die Bourgeoisie dominiert, so wird man

unschwer erkennen, daß der Staatkörper an einem schweren
Sickthum krank und das Staatsleben durch die schwere Hand
des Großkapitalismus an einer gesunden und gedeihlichen
Entfaltung gehindert ist. Man blicke nur auf Belgien, das
Mutterland der modernen Bourgeoisie. Die Bevölkerung ver-
kommt dort unter dem Druck eines unerfüllbaren industriellen
Systems, und vorgebens würde eine Regierung dort mit Sozial-
reformen eine Besserung erstreben. Denn die Bourgeoisie will
sich keine solche Fesseln auferlegen und ihren Kapitalprofit nicht
verkürzen lassen. Dazu kommt noch, daß speziell in Belgien
die Bourgeoisie aus ihren Reihen ganz hervorragende Regie-
rungen stellt, und es sogar zu einem Lothspiegelministerium
gebracht hat.

Blicke man nach Frankreich, dort lösen sich die Gruppen
der Bourgeoisie in der Regierung ab. Die Einen benutzen den
Staat, um überseeische Expeditionen zu machen, bei denen sie
ihre Geld für gute Zinsen vortheilhaft anlegen können. Der
Staat hastet ja für Alles und in dieser Rolle ist er ihnen an-
genehm. Aber wehe ihm, wenn er sich auf eigene Füße stellen
will! Wenn der französische Finanzminister eine Anleihe
machen will, wird eine solche Geldoperation nicht so leicht zu
Stande kommen.

Wir brauchen gar nicht in die Ferne zu schweifen.
Jedermann in Deutschland weiß, daß uns von Rußland
eine unauflösbliche Kriegsgefahr droht. Wer Rußland mit
Geld unterstützt, damit es seine kolossalen Rüstungen vollenden
kann, der handelt direkt gegen die Interessen des Deutschen
Reiches und aller deutschen Staaten, denn ein Sieg Rußlands
würde deren Zertrümmerung bedeuten. Aber sind es denn
Sozialisten, welche den Russen ihre Anleihen machen befehlen
und das Publikum für sie heranzulocken? Nein, Großkapitalisten,
Börsenspekulanten und ehrsüchtige „Patrioten“ sind es, welche
den Russen das Geld verschaffen, um gegen Deutschland zu
rücken!

Das Alles könnte man noch weiter ausführen. Doch ge-
nug damit.

Was ist denn der Sozialismus? Doch nur das Symptom,
der lebendige Beweis, daß diese Gesellschaft zerrütet ist. Die
zerstrende Gewalt der modernen, zu Gunsten des Großkapi-
talis mus ausgeübten Produktionsform macht sich auf allen
Gebieten geltend. Wer der Ansicht ist, man müsse durch eine
organische Entwicklung sich zu anderen Formen durcharbeiten,
der gilt als Staatsfeind!

Weshalb eine Begriffsverwirrung!

Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ giebt die folgenden, seine
Erläuterung bedürftigen Auslassungen der „N. N. Ztg.“
über die Auslassungen des Sozialistengesetzes wieder: „Die
Frage, ob sich die Nationalliberalen dazu verstehen würden, den
Ausweisungsparagraphen mit beschränkter Dauer, die übrigen
Bestimmungen des Gesetzes mit unbeschränkter Dauer,
gemäß dem gefassten Kommissionsbeschlusse, zu bewilligen, ist
vorläufig ebenso wenig auch nur mit einiger Bestimmtheit zu
beantworten, wie die Gegenfrage, ob die Regierung bereit sein
wird, für den Ausweisungsparagraphen, auf den sie besonders
Gewicht legt, die Fristbestimmung eintreten zu lassen, wie ja
überhaupt eine Fristdauer von zehn Jahren für das
ganze Gesetz vorgeschlagen werden könnte. Die Möglichkeit,
daß es auf diesem Wege zu einer Verständigung kommt, wird
von ernsthaften Politikern nicht für ausgeschlossen gehalten.
Jedenfalls darf man darauf gefaßt sein, daß es noch langer
Verhandlungen in der Kommission, im Plenum und in ver-
traulichen Vorbereitungen bedürfen wird, um eine Lösung,
die für die Regierung und die Kartellmehrheit befriedigend
ausfällt, zu finden, und es ist mehr als wahrscheinlich, daß die
entscheidenden Beschlüsse auf beiden Seiten in einer Zeit gefaßt
werden, in welcher der Reichskanzler wieder in Berlin weilt.
Man kann sich der Hoffnung hingeben, daß es dem vermittelnden
Einfluß des Reichskanzlers gelingen wird, eine Verständigung
dabei zu führen, wenn eine solche nicht vorher ohne
seine Mitwirkung zu erreichen wäre.“

Die „Brasilianische Revolution“ ist doch kein für
Europa so ganz belangloses Ereigniß, als die meisten deut-
schen Zeitungen zu glauben scheinen. Die ultrareaktionären
Blätter „la Kreuzzeitung“, der es von Anfang an nicht ge-
heuer vorkam, hatten diesmal einen richtigen Instinkt. Die
unmittelbare Wirkung auf Portugal und Spanien ist
eine ganz außerordentliche; die Sache der Republikaner hat in
beiden Ländern bedeutend gewonnen. Aber auch in Italien
macht sich der Rückschlag bemerkbar, und diejenige Macht,
welche den Vortheil davon hat, ist das republikanische
Frankreich.

Es handelt sich hier allerdings um Faktoren, die nicht
gezählt und nicht gewogen werden können, allein solche
Imponderabilien haben mitunter eine gewaltige Explosivkraft
und spielen in der Politik oft eine ausschlaggebende Rolle.

So viel steht fest, die republikanische Idee hat, durch die
Verwandlung des Brasilianischen Kaiserreichs in eine Republik,
namentlich in der romanischen Welt, die längst zwischen
republikanischem und monarchischem Prinzip gespalten war, stark
an Terrain gewonnen und wir dürfen nicht überrascht sein,
wenn gelegentlich Veränderungen stattfinden, welche den

wie er ihnen geheißt hatte, dann schlichen sie sich nach
Gause.

Stephan war um diese Zeit in Requillart; am vorigen
Abend hatte ihn die Mouquette so zärtlich gebeten, wieder
zu kommen, daß er sie noch einmal besuchen wollte. Aber
es sollte das letzte Mal sein; er nahm sich vor, mit ihr zu
brechen, denn er fand es unwürdig, gerade jetzt, wo alle
Kameraden Hunger und Noth litten, ein Liebesverhältnis
zu unterhalten. Als er ankam, fand er sie noch nicht da-
heim und wartete im Vorhof der Grube.

Unter dem verfallenen Thurne klappte halbverstopft der
schwarze Schlund des alten Schachtes. Ein aufrecht stehen-
der Balken, der noch ein Stück Dach trug, hing wie ein
Galgens über dem finsternen Loche, und zwei Bäume, eine
Eiche und ein Ahorn, deren Stämme die ausgemauerte
Mündung des Schachtes gebildet hatten, schienen mit ihrem
laublosen Astwerk wie aus dem Innern der Erde empor-
gewachsen. Schläfen und Fagedorn, in denen im Sommer
Grasmücken nisteten, unwucherten den Ort; zwischen
Wurzeln und Gesträuch, zwischen alten Brettern und Balken
lugte schwarz und tief das unergründliche Loch. Seit zehn
Jahren wollte die Kompagnie den Schacht verschütten;
doch es mußte erst im Voreuz ein Ventilator gebaut werden,
denn das Blaufwerk befand sich gerade am Fuße von
Requillart, und da beide Gruben zusammenhingen, diente
der alte Wetterschacht einstweilen als Lustloch. Man be-
schränkte sich also inzwischen darauf, die Holzverdrämmung
des Schachtes durch Querbalken zu stützen, hatte die oberen
Etagen, welche von dem Schacht abzweigten, sich selbst über-
lassen und bekümmerte sich nur um den untersten Stollen,
in welchem ein gewaltiges Kohlenfeuer unterhalten wurde,
welches unausgesetzt mit so heftiger Macht brannte, daß
der Luftzug wie ein Sturm brausend durch die Gänge
fuhr und bis zum Voreuz vernehmbar war. Damit man,
wenn es erforderlich werde, hinaus oder hinabsteigen
könne, war angeordnet, daß die Fahrten oder Leitern,
welche fünfshundertfünfzigwanzig Meter tief, schräg hinab-
liegen, in Stand gehalten werden sollten. Doch Niemand
achtete dieser Weisung; die Leitern verwitterten und die
Treppenabfäße, auf welchen sie ruhten, brachen zusammen.

Schwerpunkt der europäischen Maßverhältnisse einigermaßen
vorziehen.

„Landrätthlids Weisheit.“ Das „Kattowitzer Kreisblatt“
enthält folgende Verfügung des Kattowitzer Landraths: „Aus
einem fürzlich zu meiner Kenntniss gelangten Bescheide er-
scheint, daß die inländischen Arbeitgeber — ansehnlich wenigstens
— noch immer Zweifel darüber hegen, wie sie sich gegenüber
dem Antrage ausländisch-polnischer Arbeiterkräfte zu verhalten
haben. Ich mache daher wiederholt darauf aufmerksam, daß
solche Arbeiter von der Beschäftigung im Inlande ohne meine
Genehmigung ausgeschlossen sind, und die heimliche, ordnungs-
widrige Beschäftigung derselben durch empfindliche Strafen auf
Grund der Kreispolizeiverordnung vom 14. Oktober 1885 ge-
ahndet wird, nach deren Klarem und verständlichem Inhalte
vorgängige Anmeldung und die darauf eventuell erfolgende
Genehmigung die notwendige Voraussetzung für die Beschäfti-
gung bildet. Ich weise ferner darauf hin, daß ich nicht in
der Lage bin — von eklatanten wirtschaftlichen Nothständen
abgesehen, welche nirgends zu besorgen sind — eine solche Ge-
nehmigung zu erteilen oder zu beantragen. Außerdem ver-
anlasse ich endlich die Polizeibehörden des Kreises zur noch
drücklichsten Bekräftigung von Uebertretungen mit dem Bemerkten,
daß die unzulässige Beschäftigung jedes einzelnen von der be-
zeichneten Kategorie gehörigen Arbeiters einen besonderen
Kontraventionsfall darstellt und demnach für sich besonders im
Verge der polizeilichen Strafgesetzgebung zu ahnden ist.“ Veran-
laßt ist diese Verfügung dadurch, daß kürzlich 30 galizische
Arbeiter aus Kattowitz ausgewiesen werden mußten, welche ohne
die vorgeschriebene landrätthliche Genehmigung in dem Holz-
geschäfte der Gebrüder Goldstein zu Kattowitz Beschäftigung
gefunden hatten.

„Über den mysteriösen antisemitischen Arbeiter-
kongress“ schreibt ein bekannter französischer Politiker und
Gelehrter: „Auf Ihren Wunsch habe ich nach dem interna-
tionalen Arbeiterkongress mit antisemitischen Tendenzen die
genaueren Nachforschungen angestellt. Ich selbst erinnere mich
an nichts dergleichen, und die Sache ist auch so absurd, daß ich
gar nicht daran glauben kann. In Frankreich giebt es keine
Antisemiten, die einen kongress halten könnten; und nun für
französische Arbeiter! Die würden sich schon bedanken!“
Aber ich traute meinem Gedächtniß nicht vollständig,
und zog rechts und links, die Kreuz und die Quer Erfor-
gungen ein. Niemand hatte von einer solchen Konvention ge-
hört.

Nur Einer erinnerte sich dunkel, er hätte in irgend
dunklen Blättern gelesen, 6 oder 7 dunfle Ehrenmänner hätten
irgendwo — in Paris oder an einem anderen Ort — irgend
einmal getagt, um einen internationalen Judenbekehrer-Kongress
zu Stande zu bringen.

Das ist Alles was ich ermitteln konnte: —
Genug, in Paris hat ein internationaler antisemitischer
Arbeiterkongress nicht stattgefunden, und unsere Vermuthung,
daß der famose Kongress ein klein „Pariser Liebermann-
Frisch'sches Unternehmen“ war, gewinnt immer mehr an Wahr-
scheinlichkeit.

„Königsberg.“ Am Sonntag Nachmittag wurde hier
in großer Masse ein sozialdemokratisches Wahlschlachtfeld
bereitet. Die Verbreitung erfolgte in ganz kurzer Zeit. Ein
Bertin ist dabei stürz aber sofort freigegeben worden, wobei
zirka 10 Exemplare beschlagnahmt wurden.

„Eiberfeld, 25. November.“ Der große Sozialistenprozeß
nimmt einen für die Anklage höchst merkwürdigen und für
ungünstigen Verlauf. Die letzten zwei Verhandlungstage, die
vorige Freitag — Sonnabend war Pause — und der heutige
Tag sind als eine moralische Niederlage der Staatsanwaltschaft
und ihrer Hilfsorgane, der Kriminalpolizei, zu betrachten. Die
Auslagen der Polizeikommissare Rammhof und Wilmig, die
ersterer in Bezug auf Eiberfeld, der letztere in Bezug auf
Barmen, liefern ein recht lehrreiches Bild von dem, was
manche Polizeibeamte sähig sind, aber nicht sähig sein wollen.
Beide brachten eine Unmasse Angaben über angebliche ge-
heimliche Versammlungen und Konventikel der Sozialisten, in
welchen die verschiedensten verbotenen und nicht verbotenen Handlungen
vorgekommen worden sein sollten. Als aber zur Sprache kam,
was von alledem die Polizeiorgane selbst wahrgenommen
und festgestellt hätten, konnte keiner auch nur eine Zeile
sagen, die er selbst oder einer seiner Beamten von
eigener Wahrnehmung wüßten. Alle Mittheilungen bezogen sich
auf die Aussagen unbekannter Hintermänner, der bekannten
gentlemen, deren Namen zu nennen die Polizei sich weigerte.
Diese Weigerung erreichte das peinlichste Aussehen innerhalb
des Gerichtssaales. Verteidiger und Angeklagte
verlangten den Ausschluß der Öffentlichkeit, beziehentlich die
Anwendung des Schweigebots, was der Angeklagte Bebel
mit den Worten motivirte, daß er nie geglaubt habe, je in
Lage zu kommen, dieses Geheiß, das er und seine Freunde
das entschiedenste im Reichstag bekämpft hätten, zum Schutze
für sich anrufen zu müssen.

In der heutigen Sitzung wurde das Spiel der Polizei
zahllose Berichte ihrer Hintermänner vorzulesen, fortgesetzt.
Dieses Mal war es der Polizeikommissar von Barmen, Wilhelm

Besonders die allerersten Stufen der obersten Leiter waren
ausgefallen, und man mußte sich an den Himbeersträucher,
welche die Mündung verstopften, hinabrutschen lassen, bis der
gleitende Fuß die Sprossen erreichte.

Stephan wartete hinter einem Gebüsch, als er plötzlich
etwas durch die dünnen Zweige schleichen hörte. Er meinte,
es sei eine Ratte; doch da blitzte die Flamme eines Bündel
hohles durch das Astwerk, und er gewahrte Jeanlin, der ein
Licht anzündete und damit in der Höhle verschwand.

Eine lebhafteste Neugierde trieb ihn; er drang bis zur
Mündung des Schachtes und sah von dem zweiten Treppen-
abfah das Licht des Knaben emporleuchten; er zögerte einen
Moment, dann ließ er sich ebenfalls an den Zweigen hinab. Er
meinte, er werde die ganzen fünfshundert Meter hinunterrollen;
doch bald fühlte er die erste der Leitern unter den Füßen;
die oberste Sprosse brach, dennoch stieg er langsam hinab.
Jeanlin mußte nichts vernommen haben, denn noch immer
sah Stephan unter sich das Licht tiefer und tiefer in den
Berg klettern, während der gespenstlich verzerrte Schatten des
Knaben mit den ungeheuren Verrenkungen seiner lahmen
Beine, unheimlich tanzen, die Fahrten hinabstreckte. Wie
ein Affe half sich der Junge dabei mit Händen, Füßen, mit
dem Kinn über die fehlenden Sprossen hinweg. Andere
Leitern waren noch in ihrer ganzen sieben Meter messenden
Länge erhalten; wieder andere gaben knarrend nach, als
wollten sie brechen. Die Abfäße waren morsch und weich
wie Moos, und je tiefer man hinunterstieg, um so erstickender
wurde die Hitze, welche von dem Kohlenfeuer emporzuckte,
trotzdem das Feuer des Streiks wegen eingeschränkt wurde,
denn wenn der Voreuz arbeitet, verzehrt es dreitausend Kil-
ogramm Kohle täglich, und Niemand hätte dort hinabsteigen
können, ohne sich zu verengen.

„Weshalb ein verwünschter Bengel!“ fluchte Stephan.

„Wo zum Teufel kriecht er nur hin?“
Seine Stiefel rutschten auf dem glatten Holz; schon
zweimal hatte er fast das Gleichgewicht verloren. Wenn
er wenigstens auch ein Licht gehabt hätte! aber in der
finsternen Beleuchtung von Jeanlin's Kalgstumpf trat er
jeden Augenblick fehl und lief Gefahr, in die Tiefe zu
stürzen. (Fortsetzung folgt.)

der diese angenehme Beschäftigung ausübte. Hierbei wurde ihm durch die Verteidiger wie durch den Angeklagten Bebel ein allgemeiner Ueberblick festgestellt, daß nach den verlesenen Berichten die Polizei von einer Anzahl sogenannter geheimer Versammlungen, die stattfinden sollten, vorher Kenntnis hatten, ohne auch nur den geringsten Versuch zu machen, diese ungesetzlichen Versammlungen zu verhindern oder aufzuheben. Ebenso verlas der genannte Kommissar einen Spitzelbericht, nach dem die Ankunft eines Ballens angeblich verbotener Hochkuren in Unterarmen angezeigt wurde, ohne daß er auch nur den geringsten Versuch machte, diese in seine Hände zu bekommen.

Ferner will die Polizei im Besitz eines „Organisationsplanes“ für Barren sein. Was aber produziert wurde, war eine vollkommen unbeglaubigte Abschrift eines solchen und der im Besitz des Originals gewesen sein sollte, bestritt auf das Allerheftigste, je solch ein Ding gesehen zu haben oder von seiner Existenz Kenntnis zu besitzen. Auch hier wurde wieder konstatiert, daß die Polizei alle Sorgfalt versäumte, sich in den Besitz eines Originals dieses angeblich existierenden Organisationsplanes zu setzen, und sie ebenfalls es nicht verstand, ein sogenanntes Sammelbuch sich zu beschaffen, von dessen Herausgabe sie unterrichtet sein und wissen wollte, welche Personen dasselbe zu verhehlen beschlossen hätten.

Was nun die angeblichen geheimen Versammlungen betrifft, so stellte sich schon bei der bloßen Vernehmung heraus, daß es sich hier nicht um geheime Versammlungen, sondern um keine vertrauliche Zusammenkünfte handelte, in welchen die Beteiligten sich über die Beschaffung von Geldern und Abonnementen für das hier erscheinende Arbeiterorgan die „Freie Presse“ unterhielten und beriethen. Weder andere Zusammenkünfte, die als „geheim“ Versammlungen angeführt wurden, waren solche des polizeilich angeordneten Wahlkomitees u. Als eine geheime Versammlung wurde auch die Zusammenkunft Harms mit Grimpe bezeichnet, in welcher letzterer mit dem ersteren wegen der künftigen Uebernahme der Druckerei und des Blattes der „Fr. Presse“ verhandelte.

Der Hauptstoff in der heutigen Sitzung aber machte die Verhaftung des im Verdachte der Spitzellei stehenden Bandwebers Julius Weber, der in seiner Zeugnisaussage schritt, mit der Polizei in Beziehung gestanden und ihr Dienste geliefert zu haben; als er aber den Schwur für die Wahrheit seiner Aussagen leisten sollte, sich weigerte, den Schwur abzulegen. Darauf beschloß der Gerichtshof die sofortige Inhaftnahme desselben. Weber wird vermuldet bis zum Ende des Prozesses, wo alsdann seine Haft dem Geis zufolge von dem Richter, in Haft bleiben; denn es steht fest, daß er alle Schritte hat, seine polizeilichen Hintermänner nicht zu kompromittieren.

Allgemein gespannt ist man, wie sich die Ober-Bürgermeister zu Eberfeld und Barren zu dem auf Antrag der Verteidiger vom Gerichtshof beschlossenen Verlangen stellen werden, daß diese den ihnen unterstellten Polizeibeamten vollkommene Freiheit gewähren, Alles zu sagen, was ihnen nämlich in Bezug auf die Angeklagten bekannt geworden ist. Weigern sich die Bürgermeister, diesem Verlangen Folge zu geben, so werden die Verteidiger den Antrag einbringen, zummehr für diesen Teil der Verhandlungen die Öffentlichkeit auszuschließen und das Schweigegedot zu erlassen. An dramatischer Lebendigkeit werden also die Prozeßhandlungen in den nächsten Tagen nichts zu wünschen übrig lassen.

Eine seitens der Verteidiger und des Angeklagten Bebel scharf angegriffene Stellung nimmt die Anklagebehörde gegen den obengenannten Julius Weber ein. Weber ist eine der in der Anklageschrift am meisten genannten Personen. Er figurirt nach der Anklage in den verlesenen angeblich geheimen Versammlungen als Vertrauensmann, als Mitglied des Wahlkomitees, als Stellvertreter des Korrespondenten, der die Verbindung mit Büchlich aufrecht zu erhalten hat, als Vorsitzender in geheimen Versammlungen, davon auch zwei immer nach der Anklage, in seiner eigenen Wohnung stattgefunden haben sollen. Und obgleich also Weber hiernach im Sinne der Anklage als einer der allergefährlichsten Personen angesehen werden muß, war er weder in Voruntersuchung noch steht er jetzt unter Anklage, er figurirt auch nicht, wie viele andere bekannte Sozialdemokraten, als Zeuge. Ja durch den ersten Anspähungen der Staatsanwaltschaft Weber nicht einmal kennen, sie hatte statt seiner einen gewissen Theodor Weber in Voruntersuchung nehmen lassen, der mit der Sozialdemokratie gar nichts zu thun hat und natürlich nicht unter Anklage gestellt werden konnte. Diese Vorkommnisse geben für die Einleitung und des dem Prozesse zu Grunde liegende Verfahren reichlich zu denken und sie werden noch in den Plaidoyers eine gewichtige Rolle spielen.

Nach Auffassung vieler hier am Orte, die den Verhandlungen mit Aufmerksamkeit folgen, sind es nicht die Angeklagten, die auf der Anklagebank sitzen. Aller Voraussicht nach wird der Prozeß mit einer gewaltigen Schlappe des Vertreters der Staatsgewalt enden.

Bemert sei, daß unter den Berichten über den hiesigen Prozeß diejenigen der „Königlichen Zig.“ sich durch vielfache Unrichtigkeiten auszeichnen, die merkwürdiger Weise immer nur zum Schaden der Angeklagten vorkommen.

Frankreich.

Die sozialdemokratische Bewegung in Frankreich schreitet erfreulich voran. Während die Partei früher nicht im Stande war, ein einziges Verh. Organ auf die Dauer zu halten, besitzt sie jetzt — allerdings noch nicht in Paris, wo aber auch sich jetzt größere Aussichten eröffnen — drei wöchentliche und halb wöchentliche Organe, die alle einen guten und wachsenden Abonnentenstand haben, und von denen eins, die „Action sociale“ von Lyon soeben ihr Format namhaft vergrößert hat und demnächst zweimal wöchentlich erscheinen soll.

Wie schon mitgeteilt, wird in Lille, wo eine Genossenschaftsdruckerei gegründet worden ist, vom 1. Januar an ein neues sozialdemokratisches Organ herausgegeben werden, von dem man hofft, daß es sich bald zu einem täglichen Blatt entwickeln werde.

In Paris, wo der internationale Kongreß das bisherige lokale Uebergewicht der Possibilisten schon fast erschüttert hatte, ist die Position der Sozialdemokraten durch den Ausgang der letzten Nationalversammlung wesentlich befestigt, die der Possibilisten entsprechend geschwächt worden. Die Thatsache, daß die Sozialdemokraten sieben Abgeordnete durchgebracht haben, und die Possibilisten bloß zwei (Joffrin und Dumay), hat auf diejenigen Pariser Arbeiter, die noch unter possibilistischem Einfluß waren, einen bedeutenden Eindruck hervorgebracht. Und dieser Eindruck wird sich mit jedem Tag verstärken und vertiefen, wenn die sozialistische Fraktion — Vaudin, Doyer, Couturier, Gujeret, Ferroul, Lachize und Thierier — welche sich ganz auf den Boden des Internationalen Arbeiter-Kongresses gestellt hat, ihr bereits in allen Theilen genau festgelegtes parlamentarisches Programm durchführt, woran wir bei der Tätigkeit der „Sieben“ nicht zweifeln können. Das Programm stimmt beinahe mit dem der deutschen Sozialdemokratie so genau überein, als die Verschiedenheit der politischen Zustände beider Länder es zuläßt.

Die sozialdemokratische Fraktion hat jede Gemeinschaft mit den beiden Opportunisten Joffrin und Dumay abgelehnt, ebenso mit dem sozialrevolutionären-blauquillisten-boulangeristischen

gittischen Kleeblatt Granger, Jourde und Roche. Am Jourde, der eine reine Vergangenheit hat, und dessen Verirrung seine Freunde kaum begreifen können, ist es recht schade; an den beiden Anderen aber ist nichts verloren, so wenig wie an den zwei possibilistischen Abgeordneten, die sich jetzt ganz und gar den Bourgeois-Opportunisten anschließen müssen.

Amerika.

Aus Porto Alegre erhält die „Voss. Zig.“ ein Schreiben, das erkennen läßt, wie die Stimmung der Bevölkerung, sowie die politische und wirtschaftliche Lage des Landes dazu angehan waren, das rasche Gelingen der jüngsten Umwälzung in Brasilien zu ermöglichen. Der deutsch-brasilianische Berichterstatter schreibt unterm 28. Oktober, also 18 Tage vor Ausbruch der Revolution:

Am 15. Oktober feierten der Hof und die ihm nahe stehenden Kreise das Fest der Silberhochzeit der Kronprinzessin und ihres Gemahls, des Conde d'Eu. Von einer innigen Anteilnahme der Bevölkerung des Landes oder auch nur der Reichshauptstadt war nichts zu bemerken. Der 15. Oktober ist übrigens ein dreifacher Festtag für die kaiserliche Familie: Namenstag der Kaiserin Theresie Christine, Hochzeitstag der Kronprinzessin und Geburtstag ihres ältesten Sohnes D. Pedro, des Prinzen von Grao Para und künftigen Thronerben, geb. 1875. — Noch sind zwar nicht von allen engeren Wahlen die Ergebnisse bekannt, aber aus den bereits bekanntem ist zu erkennen, daß die Regierung im Allgemeinen ihren Willen durchgesetzt hat. Nur ein Republikaner und ein Konservativer haben über den liberalen Gegenkandidaten triumphiert. In den anderen Fällen ist, wo ein Liberaler mit einem Konservativen zur Stichwahl kam, der Regierungskandidat, und wo ein Liberaler oder Konservativer mit einem Republikaner in die engere Wahl eintrat, der Monarchist gewählt worden. Die Mehrzahl der Konservativen hat die taktische Ermüdung, daß gegen den gemeinsamen Feind, hier die korrupte und korruptierende Regierung, die schwächeren Gegner sich verbünden müssen, bei Seite gesetzt und sich wohl mehr durch die Ränke der offiziellen Wahlmacher, als aus Furcht vor der Bewegung der Republikaner, bestimmen lassen, in den Wahlkreisen, wo die Entscheidung zwischen einem Republikaner und einem Liberalen zu treffen war, dem Letzteren ihre Stimme zu geben. Durch dies Verhalten der Masse der konservativen Wähler ist in verschiedenen Wahlkreisen die Parteileitung verlegen worden. Trotz ihrer Niederlagen geht die republikanische Partei erhabener Hauptes aus der Wahlklocht, denn die Zahl der ihr zugefallenen Stimmen hat sich sehr erheblich vermehrt. Auffällig groß war auch die Zahl der Stimmenthaltungen, viel größer als bei den früheren Wahlen nach dem Gesetz von 1881. Selbst in den Vororten der Reichshauptstadt erschienen nur zwei Drittel der Wähler an den Urnen. So fest das Ministerium mit seiner erdrückenden Mehrheit in der Deputiertenkammer, wo mehr als 115 Mitglieder unter 125 zur liberalen Partei gehören werden, zu stehen scheint, so kann ihm doch ein verhängnisvoll werden, nämlich die Kräfte, wo nicht gar der Staat, wohin die alles Maß und Ziel überschreitende Gräueltat in Rio über kurz oder lang zu führen droht. Besonders die Sucht, neue Banken zu gründen und das Kapital der alten zu erhöhen, sowie eine Anzahl Depositen- und Diskontobanken in Zeitelbanken umzuwandeln, ist in ein bedauerliches Fieber ausgeartet, das eine Katastrophe befürchten läßt. Der Finanzminister hat nun durch gewisse Maßnahmen und durch sein Verhalten den Verdacht oder den Schein auf sich geladen, daß er dieses Spekulationsfieber in den Kreis seiner Berechnungen gezogen hat, um durch einen blendenden wirtschaftlichen Aufschwung den Erfolg seiner Finanzpolitik zu beleuchten. Die demokratische Presse geht noch weiter und macht ihm den Vorwurf, daß er persönlich unter Vorhinderung seines Sohnes und vertrauter Freunde in enger Verbindung mit dem Gründerthum und der Börsen steht. Diese Dinge werden rückhaltlos öffentlich besprochen, unbeschadet der Anerkennung, die einigen Finanzmaßnahmen des Ministers gesollt wird und gesollt werden muß. Als solche sind vor allen zu nennen die gelungene Konvertierung der Sprozentigen äußeren Schuld in eine Sprozentige, wodurch das Esfordern für die auswärtige Schuld um jährlich 437 985 Rfr. erleichtert wird, und die Inangriffnahme der Einziehung des Staatspapiergeldes. Das sind ohne Zweifel vortreffliche Maßnahmen; gleichwohl war es nicht möglich, diese tolle Spekulations- und Gründungswuth zu entzünden, und ein Rückschlag, wenn er gleich von der wirtschaftlichen Entwidlung des Landes bald überwunden wird, muß auf die Verantwortung des Finanzministers zurückfallen. Es giebt in seiner eigenen, der liberalen Partei Elemente genug, die ihn dafür verantwortlich machen werden.

Eberfelder Sozialistenprozeß.

6. Tag der Verhandlung.

Die Zeugenvernehmung wird fortgesetzt. Zuerst werden die geladenen Zeugen verlesen; dieselben sind zum größten Teil anwesend.

Der Präsident verkündet den Gerichtsbeschuß, daß die Genehmigung des Oberbürgermeisters zur Aussage des Polizeikommissars Kammerhoff eingeholt werde.

Der Staatsanwalt: Die Behauptungen der Anklageschrift wurden mehrfach bestritten. Ich erkläre Bebel gegenüber, daß die „Winte für die Agitation“ zum Theil wörtlich den bezüglichen Artikeln des „Sozialdemokrat“ entnommen sind. Die späteren Ausgaben heißen allerdings „Rathschläge“ und sind etwas anders, enthalten aber inhaltlich die gleichen Verhaltungsmaßregeln. (Er verliest zum Beweise einige korrespondirende Stellen des „Sozialdemokrat“ und der „Winte“.)

Bebel: Ich habe bestritten, daß die Broschüre der Abdruck der Artikel sei. Das halte ich aufrecht. Auf dem Kopenhagener Kongreß wurde die Herausgabe einer Broschüre, nicht der Artikel beschlossen. In zwei Punkten ist die Anklage unwoh.

Staatsanwalt: Es kommt darauf an, ob der Kongreß die Herausgabe einer Broschüre beschlossen hat. Dieselbe ist theilweise den Artikeln entnommen.

Bebel: Ich habe selbst zugegeben, daß die „Winte“ auf Beschluß des Kongresses herausgegeben sind.

Verteidiger: In der Anklageschrift ist die Rede von Karten, die mit dem Stempel „Örtliche Verwaltung Eberfeld“ bezeichnet sind. Wir bitten um Vorlegung einer solchen Karte.

Zeuge Drewes (vereidigt): Am 22. Juli 1884 erfuhr ich, daß eine Versammlung bei Morian war. Bei Morian war ich nicht. Ich weiß dies nur vom Hörensagen. In Langenhans waren etwa 1000 Personen. Einige kannte ich, wie Harms, Müller u. Dierck war anwesend.

(Der Zeuge wird aufmerksam gemacht, nichts zu versprechen.)

Drewes: Reden wurden nicht gehalten, davon ist mir nichts bekannt. Geheime Verhandlungen an einem Tisch habe ich nicht bemerkt. Mit Kammerhoff verlehre ich; derselbe hatte den „Sozialdemokrat“, er hat ihn mir aber nicht zum Lesen gegeben.

Grimpe: Drewes hat mit Jeap von der Vertheilung des „Grimpe“ durch Kammerhoff gesprochen. Er hat gesagt: „Wir Zeitungsmenschen können lügen; das ist aber nichts dagegen, was Kammerhoff lügt.“

Drewes: Ich hatte mich damals mit Kammerhoff unterzweigt.

Müller: Was hat Kammerhoff mit dem „Sozialdemokrat“ gemacht?

Drewes: Davon weiß ich nichts. Jeap: Drewes hat mich besucht und ein Schriftstück mitgebracht, welches der Behörde zu sehen sollte und Kammerhoff's Amtsführung schilderte. Der Zeuge Drewes hatte Einsicht in die sekretären Akten. Ist es wahr, daß Kammerhoff den Zeugen bei der Staatsanwaltschaft denunzirt hatte, weil er den „Sozialdemokrat“ verbreitet haben soll?

Drewes: Es ist mir von der Denunziation mitgeteilt worden; es stellte sich aber als unwoh heraus, Jeap sollte darüber schweigen. Einblick in die Papiere hat mir Kammerhoff nicht gestattet.

Zeuge Polizeikommissar Wilsing (vereidigt): Seit 1883 bin ich mit der Beobachtung der politischen Bewegung betraut. Die Anklageschrift habe ich von der Staatsanwaltschaft. Von letzterer bin ich instruiert worden. Mit Vertretern derselben habe ich nicht konferirt. Die Sozialdemokraten in Barren hielten geheime Versammlungen ab; am 19. Sept. 1883, und an anderen Tagen. Es wurde über die Organisation gesprochen. In Barren bestehen Bezirke mit je einem Vorsteher. Es bestehen drei Klubs. Die dem Vertrauensmann unterstehenden Personen sollen nicht über 15 sein. Jeder Bezirk hält seine Versammlungen separat; alle Monate findet eine Korporationsversammlung der Vertrauensmänner statt. Mohrheim ist Korrespondent. So war es 1884. 1886 wurde mir von einer geheimen Versammlung mitgeteilt, wo über die Organisation berathen wurde. Es fanden noch weitere Versammlungen statt. Ein von Hülle entworfener Organisationsplan wurde mir mitgeteilt. Meine Zeugnisaussage habe ich nicht aufgeschrieben. Der Organisationsplan ist vom Original abgeschrieben. Ueber den Gewährsmann verweigere ich die Aussage.

(Die Vertheidigung protestirt gegen die Verlesung des Organisationsplans. Es wird protokolliert, daß der Zeuge den Organisationsplan vom Original abgeschrieben hat.)

Wilsing verliest den Organisationsplan. (Es wird darin u. A. ein Exekutivauschuß erwähnt.) Ich bewirke nicht, daß ich das Original in Händen hatte, da ich Hülle's Schrift kannte.

Hülle: Ich habe nie etwas Derartiges gesehen. Wilsing: Von Hülle hatte ich Versammlungssammlungen in Händen, daher kenne ich die Schrift.

Hülle: Ich habe nie eine Versammlung schriftlich angemeldet.

Wilsing: Ich sah auch andere Schriften von Hülle, ich glaube schon vor dem Organisationsplan. Ich glaube, daß dieser von Hülle geschrieben ist.

Bebel: Hat die Polizei ein Sammelbuch bei Haus-suchungen gefunden? Das ist mir wichtig.

Wilsing: Ich weiß nicht, daß ich ein Sammelbuch beschlagnahmte. Ich glaube, daß solche existiren. Es fand 1886 eine geheime Versammlung statt, in welcher ein neuer Operationsplan vorgelesen wurde. Darnach ist Barren in drei Klubs, die in Sektionen zerfallen, eingetheilt. Später fand noch eine geheime Versammlung statt, die mir angezeigt wurde.

Bebel: Hat der Zeuge die Versammlung nicht aufgelöst und warum nicht?

Wilsing: Darüber verweigere ich die Aussage. Später fanden noch weitere Versammlungen statt, wo Wahlen vollzogen und Köllinghoff festgesetzt wurde.

Bebel: Der festgesetzte Köllinghoff sollte also einen eigenen Klub bilden?

Wilsing: So ist mir mitgeteilt. Grimpe: Die Zeugnisaussagen sind wörtlich der Anklageschrift entnommen.

Wilsing: In einer späteren Versammlung wurde über die „Freie Presse“ gesprochen. Ich verweigere die Aussage darüber, ob mir dies von Weber mitgeteilt wurde. Am 19. Oktober 1885 fand bei Hülle eine geheime Versammlung statt.

Hülle: Nach der Zeugnisaussage sollte ich festgesetzt werden und dann fand bei mir eine Versammlung statt?

Wilsing: Die Berichte sind nicht in der richtigen Reihenfolge. In der geheimen Versammlung am 19. Oktober 1885 wurde über Unterbeschlagungen verhandelt. Die „Schwarze Liste“ wurde besprochen und es war von einem Schreiben an Bebel die Rede.

Bebel: Davon weiß ich nichts.

Wilsing: In der Versammlung wurde noch mehr besprochen. Am 1. Dezember 1885 fand ebenfalls eine Versammlung statt, wo die Abhaltung weiterer Versammlungen beschlossen und eine Zeitungskommission gewählt wurde.

Bebel: Hat die Polizei sich Mühe gegeben, eine solche Versammlung zu packen?

Wilsing: Nein.

Bebel: Die Polizei hatte davon Kenntnis und die Versammlungen wurden nicht aufgelöst. Das ist merkwürdig. Ich konstatiere, daß die Barmer Polizei von ungesetzlichen Versammlungen Kenntnis hatte. Der Zeuge war doch von Amtswege verpflichtet, Ungehelichkeiten zu verhindern.

Vert.: Der Zeuge hat sich durch sein Verhalten der Theilnehmerschaft an einer geheimen Verbindung verdächtig gemacht. Wir protestiren gegen die weitere Vernehmung des Zeugen. Wir bitten, daß der Zeuge sich nicht der Polizeibranten, sondern seiner „Gewährsmänner“ zur Ueberwachung der Versammlungen bedient hat.

Wilsing: Ich verweigere die Auskunft darüber, warum ich die Versammlungen nicht aufgelöst habe. In der Versammlung am 1. Dezember 1885 wurde auch über die Eigenthümerschaft der „Freien Presse“ gesprochen. Zugegen waren u. A. Weber und Bernhard Schumacher. An die Theilnahme des Abgeordneten Schumacher kann ich mich nicht entsinnen.

Bebel: Welcher Weber ist gemeint?

Wilsing: Julius Weber.

Vert.: Warum ist Weber nicht angeklagt?

Der Präsident: Darüber giebt der Zeuge keine Auskunft. Morgen wird Weber vernommen.

Vert.: Ich bitte, den Zeugen darüber zu fragen.

Staatsanwalt: Nur diejenigen wurden angeklagt, gegen welche noch andere Beweise als Polizeiberichte vorlagen.

Vert.: Hat man der Staatsanwaltschaft Beweismittel gegen Weber vorenthalten?

Wilsing: Ich nicht. Weber kenne ich und habe bei Dubenzer nach seiner Wohnung gefragt.

Bebel: Da hat Dubenzer jedenfalls Weber gewarnt. Die Polizei mußte doch die Wohnung Weber's kennen, bei dem sie eine Hausdurchsuchung halten sollte. Man hat ihm also Zeit gegeben, Staatsgefährliches zu besorgen.

Wilsing: Ich verweigere die Aussage darüber, ob ich die Wohnung Weber's kannte. Weber kenne ich seit dem ersten Jahre, da ich in Barren war. Ob ich 1881 oder 1882 mit Weber verkehrte, darüber verweigere ich die Auskunft. Seit 1879 kenne ich Weber.

Verteidiger: Wir beantragen die sofortige Sistrung Weber's.

Bebel: Früher hat Wilsing unter Zeugeneid ausgesagt, Weber nicht zu kennen.

Wilsing: Das war ein anderer Weber.

Das Gericht beschließt die sofortige Ladung Weber's.

Wilsing: In der Versammlung wurden noch weitere Angelegenheiten verhandelt.

Hülle: Ich verlange die Vernehmung des Redakteurs Emmert, um festzustellen, daß der Gewährsmann Wilsing's ein ganz verlogenes Subjekt ist.

(Fortsetzung in der Beilage.)

Theater.

Mittwoch, den 27. November.
Opernhaus. Gioconda.
Schauspielhaus. Die Räuber.
Deutsches Theater. Der Sohn der Wildnis.
Leistung-Theater. Die Eber.
Berliner Theater. Die wilde Jagd.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.
 Der Polengraf.
Kadetten-Theater. Schwiagemama.
Waller-Theater. Koko.
Viktoria-Theater. Stanley in Afrika.
Grand-Theater. Muttersegen oder: Die neue Fanchon.
Sollvance-Theater. Der Zauberlehrling.
Königstädtisches Theater. Der Trompeter von Säckingen.
Central-Theater. Leute von heute.
Adolph-Grün-Theater. Floite Weiber.
Gehr. Richter's Variété. Spezialitäten-Bühnung.
Kaiserschloß-Theater. Gr. Spezialitäten-Bühnung.
Kaufmann's Variété. Gr. Spezialitäten-Vorstellung.

American-Theater.

1865 **Preussenerstr. 55.**
 Täglich Vorstellung.

Circus Renz.

Karlstraße.
 Heute, Mittwoch den 27. November 1889,
 Abends 7 Uhr:

Gala-Vorstellung

unter persönlicher Mitwirkung des Direktor
 G. Renz.

Aschenbrödel

oder:

Der gläserne Pantoffel.

Großes phantast. Zauberstück mit Ausgängen,
 Tänzen und Scrupierungen. Arrangiert und in
 Szene geleitet v. Direktor G. Renz.

Ysola und Jante, arab. Schimmelhengste, dress.
 und vorgef. vom Direktor G. Renz. Aufstehen
 der Schulleiterin H. L. Guerra. Ascension auf
 dem gespannten 30 Fuß hohen und 70 Fuß
 langen Drahtseil. Rausenerregend equilibristische
 Produktionen, ausgeführt von Fr. Katalie
 Schumann. Austr. der renommierten Künstler-
 familie Bratore. Der Reitskünstlerinnen Geschw.
 Oxford und Wm. Braddern.
 Morgen Vorstellung. Sonntag 2 Vorstell.
 E. Renz, Direktor.

Circus Busch.

Friedrich-Str. 107.

Heute, Mittwoch, den 27. November 1889:
 Abends 7½ Uhr: 1068
 Auf vielseitiges Verlangen Wiederholung der
 großartigen, mit ganz außerordentlichem Beifall
 aufgenommenen

Parforce-Vorstellung.

der besten Reiter des
 Repertoires gelangen zur
 Ausführung: trotzdem
 wird die gewöhnliche Jit-
 bauer der Vorstellung
 nicht überschritten werden.
 Vom Besten das Beste!
 Sonntag: 2 Vorstellungen, 4 und 7½ Uhr,
 4 Uhr 1 Kind frei.

Vorstellung 1 Tr. 9 M. — 10 Uhr u.
Kaiser-Panorama.
 Neu! 8. Reise d. d. mal. Schweiz.
 III. Cyclus.
 Reise Athen-Constantinopel.
 VI. Abtheilung: Pariser Weltausstellung.
 Eine Reise 20 Pf., Kind nur 10 Pf. Abonn.
 8 Reisen 1 M.

H. Präuser's anatomisches MUSEUM

50/51 Kommandantenstrasse 50/51.
 Täglich geöffnet für erwachsene Herren
 Dienstag und Freitag Nachmittag!
 Entree 50 Pf. Vereinskarten gültig. 589

Steh-Bierhalle und Destillation
M. Berndt Kowald Nachf.
 Oranienstrasse 128, [1067]
 empfiehlt seinen vorzügl. Frühbiers-, Rittags-
 und Abendbiers billige. Volksblatt, Volks-
 tribüne, Volkszeitung u. a. Zeitg. liegen aus.

St Teppdecken-
 Fabrik, Oranienstr. 158,
 1357 **Emil Lefèvre.**
 Große Auswahl Teppdecken in
 Seide, Wolle und Satin von 4 bis
 30 Mark. Einzelne wenig be-
 schädigte Teppdecken à 3 M.
 Multirte Preisliste gratis und franko.

Knaben-Garderobe!
 Die gebrieten Kleider mache ich auf mein reich
 sortirtes Lager von Knabenanzügen und
 Paletots zum Weib nach ts feste besonders
 aufmerk am. 1006
H. Lindstädt, Schneidermeister,
 Etalage str. 34, Partiere. Rein Baden.

Prachtvolle Teppdecken
 Große Auswahl in Alas, Wollwas, Satins,
 Gletons zu Fabrikpreisen, billiger wie in
 jedem Laden, verkauft die **A. Schermer'sche**
 Teppdecken-Fabrik Blumenstr. 62.

Freireligiöse Gemeinde.
 Den Mitgliedern die traurige Nachricht,
 daß Herr **Ameliet** 1060
Wilhelm Schulze,
 welcher viele Jahre im Vorstande als Be-
 gräbnisinspektor thätig war, am Sonntag
 gestorben ist und heute, Mittwoch, auf dem
 Begräbnisplatz der Gemeinde, Pappel-
 Allee 15/17 beerdigt werden wird.
 Otto Friedrichi, Vorsteher.

Die Beerdigung unseres innigstgeliebten Mannes
 und Vaters, des Eisendrebers
Karl Kutz,
 findet Mittwoch, den 27. d., Nachmittags 3 Uhr
 vom Trauerhause aus, Rantaustr. 120, nach
 dem Emmauskirchhof bei Br. statt.
 Die tiefbetrübte Wittve und Sohn.

Allgem. Metallarbeiterverein
Berlins u. Umgegend.
Grosse Versammlung
 am Mittwoch, den 27. November, Abends 8 Uhr,
 im **Böhmischen Brauhaus,**
 Landsberger Allee 11-13.
 Tagesordnung:
 1. Vortrag des Herrn Bölsche. Thema:
 Die Zukunft der Erde nach den Forschungen
 der Astronomie. [1071]
 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder.
 4. Verschiedenes. Fragekasten.
 Gäfte haben Zutritt. Um recht zahlreichen
 Besuch bittet **Der Vorstand.**

Herrenhüte, Cylinderhüte, Knabenhüte
 von 3 M. an, von 6,70 M. an, von 2 M. an
 empfiehl die Hutfabrik von
 1058] **A. Rosseutscher**
 Waldemarstr. 63 (am Mariannenplatz).

Achtung Puker!
 Die besten und billigsten
Aether-Lampen!!
 Den besten
Gasäther!
 à Pfd. 25 Pf., à Liter 35 Pf.
 bekommt man bei
Domke, Brunnenstraße 134,
 zwischen Invalidenstr. und Rosenthaler Thor.
 Geöffnet von 8 bis 8 Uhr. 917

Im Tuchgeschäft [1005
Brinzenstraße 53,
 gegenüber der Turnhalle:
Herren- und Knaben-
Anzüge, Paletots,
 sowie Damenkleider,
 Wintermäntel u.
 Auf Wunsch auch
 Etheilzahlungen.

Jede Uhr
 zu repariren und reinigen kostet bei
 mir unter Garantie des Gutgehens nur
1 Mk. 50 Pfg.
 Kleine Reparaturen billiger. Lager aller Arten
 neuer Uhren. Verkauf zu Fabrikpreisen.
 E. Rothert, Uhrmacher.
 951] 1. Geschäft: Andreasstr. 62.
 2. Geschäft: Chausseest. 78.

Kohltabak A. Goldschmidt,
 Spandauerstr. 6. [1658
 am hiesigen Plage bekanntlich
Grösste Auswahl.
 Garantiert scharf brennende Tabake.
 Streng reelle Bedienung, billigste Preise!
 Sämtliche im Handel befindlichen Kohl-
 Tabake sind am Lager.
A. Goldschmidt, Spandauerstraße 6
 am Hader'schen Markt.

Wringmaschine
 eigens Fabrikat auf Etheilzahlung bei
Bellmann, Gollnowstr. 26.

Reisehandlung. Billige Reste zu großen u.
 kleinen Hosen, zu Anzügen,
 Morgenkleidern, Regen- und Wintermänteln,
 Plüsch, Krimmer, Pelz, Sammet, Tricot zu
 Tailen, auf Wunsch gleich zugeschnitten.
 682 **Karlo, Kaufinger Platz 1 (Ecke Waldemarstr.)**

Allen Freunden und Bekannten zur Nach-
 richt, daß ich Anfangs Dezember 1889, mein
Weiß- und Bairisch-Bierlokal
 von der Eisenachstr. 4 nach Berlin N.,
Gerichtsstrasse 19, verlegen werde und
 bitte um geneigten Zuspruch. 1032

Robert Barth,
 Restaurateur.

Arbeitsmarkt.

Ein junger Mann (Parteiengenosse) Familien-
 vater, sucht Stellung, gleichv. in welcher Branche.
 Offerten unter R. R. 10 an die Exp. d. Bl.

Der Arbeitsnachweis
 der
Klavierarbeiter
 befindet sich Raunynstraße Nr. 78 bei
Winer. Die Adressenausgabe findet jeden
 Abend von 8-9½ Uhr und Sonntags Vor-
 mittags von 10-11½ Uhr, sowohl an Mitglieder
 wie an Nichtmitglieder unentgeltlich statt. 87
Die Arbeitsvermittlungskommission

Große öffentliche Volks-Versammlung

am Donnerstag, den 28. November, Abends 8½ Uhr, in der
 Brauerei „Friedrichshain“ am Königsthor.
 Tages-Ordnung:
 1. Sozialismus und Antisemitismus. Eine Antwort auf den Vortrag des Herrn Bödel.
 Vortrag vom Buchdrucker Albert Schmidt.
 2. Diskussion.
 Nichtstagsabgeordneter Bödel ist zu dieser Versammlung eingeladen.
 Es ist Pflicht eines jeden Arbeiters, zu erscheinen. **Der Einberufer.** 1063

Sozialdemokratischer Wahlverein
 für den ersten Berliner Reichstagswahlkreis.
 Donnerstag, den 28. November, Abends 8 Uhr,
 im Lokale des Herrn Orschel, Sebastianstraße Nr. 39:
Große öffentliche Versammlung.
 Tagesordnung: 1. Die verschiedenen politischen Parteien im Reichstag. Referent Gottlieb
 Schulz. 2. Aufstellung eines Kandidaten zur bevorstehenden Reichstagswahl. 3. Diskussion.
 4. Verschiedenes und Fragekasten.
 Gäfte haben Zutritt. Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**

Große öffentliche Kommunalwähler-Versammlung
 des 17. Kommunal-Wahlbezirks.
 am Mittwoch, den 27. November, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Brüger,
 Wasserhofstr. 68.
 Tages-Ordnung:
 1. Die bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen. Ref.: Wilh. Boerner und
 Kaufmann Vogtherr.
 2. Diskussion.
 3. Verschiedenes. **Das Central-Wahlkomitee.** 1061

Kommunalwähler-Versammlung
 des 35. Kommunal-Wahlbezirks
 am Donnerstag, d. 28. November, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Lehmann,
 Schwedterstraße Nr. 23.
 Tages-Ordnung:
 1. Die bevorstehende Stichwahl. Referenten: Rechtsanwalt Arthur Stahl-
 hagen und Robert Herzfeld. 2. Diskussion und Verschiedenes.
 Zur Dedung der Unkosten findet Tellerammlung statt.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Das Central-Wahlkomitee.** 1062

Große öffentliche Versammlung
 der Sattler und Berufsgenossen
 am Donnerstag, den 28. November, Abends 8½ Uhr, in Deigmüller's Salon,
 Alte Jakobstraße 48a:
 Tages-Ordnung:
 1. Ist die gegenwärtige Lage des im Sattlergewerbe beschäftigten Arbeiterstandes eine
 Verbesserungsbedürftige? 2. Wahl einer Lohnkommission. 3. Gründung einer Berufs-
 organisation, resp. Wahl von Vertretungsdelegierten. 4. Verschiedenes.
 Zur Dedung der Unkosten findet Tellerammlung statt.
 Um das Erscheinen Aller wird dringend ersucht. **Der Einberufer.** 1064

Große öffentliche Versammlung
 der Weber-, Tuchmacher-, Raschmacher-Gesellen,
 sowie der selbstständigen Arbeiter dieser Branchen
 Berlins und Umgegend
 am Donnerstag, 28. November, Abends 8 Uhr, im Lokal Königsb. Gr. Frankfurterstr. 117.
 Tages-Ordnung:
 1. Wie verhalten sich die Gesellen zu folgenden Fragen: Provenienfrage, Spaltung,
 Kündigungsweisen, Zweidrittel-Lohnsystem und sonstige Beschwerden. Referent: A. Schu-
 korreferent: P. Wagner. 2. Diskussion. 3. Formulierung event. Forderungen den
 gegenüber. 4. Verschiedenes. **Der Vorstand.** 1065

Grosse Versammlung
 des Vereins der Nähmaschinen- und Handarbeiterinnen
 Berlins und Umgegend
 am Donnerstag, d. 28. November, Abends 8 Uhr, in Roabit, Abend's Brauerei,
 im großen Saal.
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Judeil über: Zweck und Ziele der Frauen-
 bewegung. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Wahl einer Bevollmächtigten-
 5. Wahl einer Kassierin. 6. Wahl einer Schriftführerin. 7. Verschiedenes.
 Herren und Damen aus sämtlichen Berufszweigen haben Zutritt. Zur Dedung der
 Unkosten Tellerammlung. Die Herren Berichterstatter sind hierzu eingeladen.
 Um recht zahlreiches Erscheinen bittet **Der Vorstand.**

Weihnachts-Ziehung
 vom 14.-17. December der
Grossen Lotterie zu Weimar.
Haupt-
Gewinn: 50,000 Mk. Wth.
 Loose à 1 Mk., 11 Stck. 10 M., 28 Stck. 25 Mk. (Porto und Liste 20 Pf. extra) 1066
 empfehlen und versenden
Oscar Bräuer & Co., Bank- Berlin W.,
 Geschäft, Leipzigerstr. 108.

Suchen ersuchen:
Die Geschichte der Erde.
 Von R. Pommerl.
Heft 13.
 à Heft 20 Pfennige.
 Zu beziehen durch die Expedition, Zimmerstraße 44.

Möbel, Spiegel u. Polsterwaaren.
 Cr. Lager, bill. Preise.
Emil Heyn,
 Brunnenstr. 28, Hof part,
 Theilz. nach Uebereinkunft
 eigener Fabrik.
 Schlaßelstraße 2 Hrn. Fruchstr. 66 III, b. Degen.
Eisenwaaren, Werkzeuge,
Haus- u. Küchengeräthe
E Vogtherr, Berlin C.,
 Landsbergerstraße 64 (am Alexanderplatz)

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

23. Sitzung vom 26. November, 14 Uhr.

Am Ende des Bundesrats: Graf von Bismarck, v. Marschall, Graf Berchem, Geh. Rath Krauel.

Der Abg. Claus (Chemnitz), Mitglied der nationalliberalen Partei, ist gestern Abend in seiner Heimat gestorben. Das Haus ehrt sein Andenken in der üblichen Weise.

Die am Freitag abgebrochene Verhandlung über Tit. 4 des Stats des Auswärtigen Amtes: Gesandtschaft in Bern 38000 M. wird fortgesetzt.

Staatssekretär Graf v. Bismarck kommt auf die vom Abg. Baumbach betonte Frage des Niederlassungsvertrages mit der Schweiz zurück, wiewohl die Stellung der verbündeten Regierungen bereits in der Budgetkommission hinlänglich dargelegt worden sei. Er wolle indes nochmals ausdrücklich erklären, daß man keine Abneigung habe, den Niederlassungsvertrag zu erneuern, wenn die Schweiz hierzu entgegen zu nehmen. Der bisherige Vertrag gelte nur noch bis zum Juli nächsten Jahres, die sei daher nicht nötig. Wenn der bisherige Vertrag gekündigt wurde, so war dies nichts Außergewöhnliches, denn die Kündigung war ausdrücklich vorgesehen. Sie entsprang lediglich Meinungsverschiedenheiten über die Interpretation einzelner Bestimmungen. Gerade im Interesse eines guten Einvernehmens mit der befreundeten schweizerischen Regierung sei eine präzisere Fassung erwünscht. Uebrigens haben bis zum Jahre 1877 auch ohne einen solchen Vertrag die besten Beziehungen zwischen dem Reich und der Schweiz gedauert.

Abg. v. Kardorff (Reichsp.) betont, daß es im Interesse aller guten Beziehungen nicht liegen könne, wenn die Verhandlungen über diesen Gegenstand im Hause noch weiter ausgedehnt würden. Er bitte, davon Abstand zu nehmen.

Darauf wurde vom Abg. Delius (kons.) ein Antrag auf Schluß der Debatte eingebracht. — Derselbe wird angenommen und darauf Titel 4 genehmigt. — Ferner ohne Debatte über Titel 5—14.

Bei Titel 15 („Vollharter in London“) bringt der Abg. Richter (fr.) das jüngst ausgegebene Weißbuch, betreffend den deutsch-englischen Notenwechsel über das Niger-Benus-Gebiet, zur Sprache. Es sei darin von Beschwerden deutscher Konsuln gegen die englische Niger-Benus-Kompagnie, als auch umgekehrt, die Rede. Es sei zweifelhaft, gegen die Zollbedingungen englischerseits prinzipielle Einwendungen zu machen, die dieselben auch gegen die Zollbedingungen leitens der deutschen Konsuln in den Kolonien geltend gemacht werden könnten. Es ersuche sich, zur Schlichtung von Streitfragen schiedsrichterliche Instanzen einzuführen.

Abg. Dr. Gammacher (nall.) hebt hervor, daß die deutschen Einwendungen sich nur gegen die Höhe der englischen Zölle richteten, welche nachgerade zu einem Monopol sich herauszubilden haben. Der Regierung gebühre Dank, daß sie sich der deutschen Beschwerden angenommen habe.

Abg. Wörmann (nall.) schließt sich den Ausführungen des Vorredners an und bemerkt, daß von einer Niger-Benus-Kompagnie nicht mehr die Rede sein könne, sondern von der Royal Niger-Kompagnie. Der Redner regt ferner die Einsetzung einer konsularischen Vertretung im Gebiete der Niger-Mündungen an und fragt zum Schluß, ob seit dem Oktober in Sachen des Niger-Gebietes keine weiteren Eingänge vorliegen.

Staatssekretär Graf v. Bismarck ist angenehm berührt durch den dem Auswärtigen Amte befreundeten Dank. Er werde, so lange er die Ehre habe, seinen Posten zu bekleiden, für beehrte deutsche Interessen jederzeit eintreten. (Allseitiger Beifall.) Die Frage eines Konsulats — Wörmann habe wohl Calabar im Auge — sei bereits vom Gouverneur in Kamerun, Herrn v. Soden, angeregt. Derselbe werde wohl im Frühjahr hierher auf Urlaub kommen; dann solle diese Frage erörtert werden. Seitens des englischen Vollharter liege eine neue Note vom 16. November vor, worin im Gegenseitigen die Ausführungen Richters ausdrücklich anerkannt werde, daß deutscherseits nicht einseitig vorgegangen sei.

Abg. Richter (dreif.) bemerkt, daß die Frage der Höhe der Zölle von ihm nicht in den Vordergrund gestellt worden sei. Man solle in Bezug auf die Zollbedingungen in den Kolonien nicht zu sehr den Splitter im Auge des anderen sehen und den Balken im eigenen übersehen. Die Hauptbeschwerde richte sich gegen den Zoll auf Spirituosen. Es scheine hier ein Schnapsgeschäft im Hintergrunde zu stehen. Er finde es ganz in der Ordnung, wenn der Vergiftung der Neger durch den Schnaps ein gründlicher Zollriegel vorgeschoben werde.

Abg. v. Kardorff (Reichsp.): Es wäre eine traurige Regierung, die sich der deutschen Interessen deshalb nicht annähme, weil dabei auch englische Interessen in Betracht kämen. (Bravo! rechts.)

Abg. Graf v. Mirbach (kons.) will das Wort nur erheben, um aus dem Schweigen keinen falschen Schlüssen Raum zu geben. Die verbündeten Regierungen sollten den Ausführungen Richters doch kein solches Gewicht beilegen, sondern lediglich nach ihren wohl erwogenen Intentionen vorgehen. Die deutschen Erfolge in jenem Kolonialgebiete könnten mit denen anderer Nationen zur Zeit noch nicht verglichen werden. Ein Moment aber, welches unsere redlichen Bestrebungen besonders hemme, wolle er hervorheben: die Diskreditierung derselben seitens der freisinnigen Presse. (Beifall.) Die deutsche Regierung hat ihre Kolonialpolitik freundschaftlich, sparsam und weise geführt. Da dies der Fall sei, so unterläge seine Partei diese Politik und Lage für die Unternehmung der deutschen Bestrebungen und den Schutz deutscher Interessen der Regierung Dank. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Gammacher (nall.) bezweifelt, ob im englischen Parlament sich ein Mitglied finden werde, das mit solchem Eifer für fremde Interessen eintreten würde, wie dies der Abg. Richter hier gethan. (Sehr gut!) Die Parallelen zwischen den Verhältnissen im Nigergebiete und denen im deutschen Schutzgebiete sei durchaus unzutreffend.

Abg. Dr. Fambberger (dreif.) nimmt den Abg. Richter gegen die ihn gemachten Vorwürfe in Schutz. Es komme doch sehr darauf an, was man für „national“ hält. Seine Freunde betrachte es für national, dafür zu sorgen, daß die Gelder der Steuerzahler nicht vergeudet werden für Chimären.

Abg. v. Kardorff (Reichsp.) verweist darauf, daß die freisinnige Presse jenen kolonialen Mißerfolg mit einer gewissen Schadenfreude blickt. Diese Art, die Kolonialpolitik zu behandeln, werde im deutschen Volke keinen Boden finden. Für seine persönliche Meinung sei das koloniale Vorgehen der Regierung nach zu vorsichtig; er möchte schneller und nachdrücklicher vorgegangen sehen. Die Weisung Deutschlands fordere es, daß wir bis zu einem gewissen Grade Kolonialmacht werden.

Abg. Richter (fr.) erklärt, daß ihre Presse, ebenso wie

sie selbst, gegenüber den Missionen, die man andererseits bezüglich der Kolonialpolitik verbreite, die Pflicht habe, das Volk über die Mißerfolge dieser Politik aufzuklären. Im Volke denke man, daß die Steuerzahler nicht dazu da seien, zu Gunsten einiger Duzend großer Firmen Millionen für Kolonial-Unternehmungen aufzubringen.

Abg. v. Bennigsen (nall.): Es handle sich hier nicht um die Kolonialpolitik im allgemeinen, sondern um die Frage, ob die Rechte und Interessen deutscher Staatsangehöriger im Auslande genügenden Schutz seitens ihrer Regierung im Mutterlande finden. Da sollte doch jeder, einerlei ob er für die Kolonialpolitik ist oder nicht, sich freuen, wenn die Reichsregierung so kräftig für die deutschen Rechte eintritt. (Beifall.)

Abg. Graf v. Mirbach (deutschkons.): Wenn Bamberger ihm vorwerfe, daß er die Kolonialpolitik im allgemeinen gestreift, so wundere ihn dieser Vorwurf gerade von dieser Seite. Man möge sich nur einmal den breiten Raum vergegenwärtigen, welchen die Reden der kleinen „freisinnigen“ Partei hier einnehmen. (Sehr gut! rechts.) Die Regierung Bambergers über seinen Begriff „national“ falle auf diesen zurück. Was die Kosten für die Kolonialpolitik anlange, so möge man nur demnach die Reichsbank im Sinne des konservativen Antrags gehalten; das werfe mehr ab, als die Kolonialpolitik kostete! (Seiterseit und Bravo! rechts.)

Abg. Windthorst bestreitet, daß die kolonialpolitische Bewegung einen goldenen Boden im Volke noch habe, nachdem es sich herausgestellt, daß die daran geknüpften Hoffnungen auf Abwendung des großen Auswanderungsstromes sich nicht verwirklichen lassen. Er wüßte, daß der Reichskanalar die Sache fest in der Hand behalte und sich von keiner Seite drängen lasse, auch nicht von den Herren v. Kardorff und Graf Mirbach. Eine Vermehrung der Flotte zu kolonialpolitischen Zwecken wüßte er durchaus nicht.

Nach weiteren Auseinandersetzungen zwischen den Abgg. Richter, v. Kardorff und Windthorst wird die Debatte geschlossen; es folgen persönliche Bemerkungen. Dann wird der Titel 15 bewilligt; ferner ohne Debatte die Titel 16—52.

Beim „Generalkonsulat in Apia“ bemerkt Abg. Richter: Die Samoa-Konferenz, welche während unserer letzten Session noch tagte, hat inzwischen ihre Verhandlungen abgeschlossen. Wie es heißt, sollen die Ergebnisse dieser Konferenz nicht eher veröffentlicht werden, als bis der amerikanische Senat, der im September zusammentritt, die betreffende Vorlage erhält. Werden wir, nachdem dies geschehen, etwa durch ein Weißbuch von dem Ergebnis dieser Samoa-Konferenz unterrichtet werden? Nach allerdings nicht amtlichen Mitteilungen amerikanischer Zeitungen ist die bisherige Samoapolitik im Wesentlichen ausgegeben und der Standpunkt Gleichberechtigung mit Amerika und England auf den Samoa-Inseln jetzt ohne Rücksicht angenommen worden. Wir haben beim Etat des Reichsamts des Janens die Frage erörtert, ob wir nicht die Zweiglinie von Sidney nach Apia aufgeben könnten. Die Sache ist an die Budgetkommission verwiesen worden, und ich wüßte, daß die Herren vom Auswärtigen Amt diesem Antrage ihr Interesse schenken. Inzwischen haben wir vernommen, daß z. B. die ganze Einfuhr Hamburgs aus Samoa nur 704 Tonnen, darunter 672 Lo. Kopa, betrug. Dieses Kopa können die Postdampfer gar nicht mitnehmen, weil es zu viel Ungeheuer in die Schiffe bringt. Die Bedeutung der Zweiglinie ist also noch geringer, als wir bisher annahmen. Nachdem die Samoa-Inseln für uns an Bedeutung verloren haben, wäre wohl zu erwägen, ob nicht einer der Konsuln in Apia auf den Aussterbeort gesetzt werden könnte.

Staatssekretär Graf v. Bismarck: Ich hätte vielleicht ebenso gut gethan, das Wort nicht zu ergreifen in dieser Sache, ich will mich auch möglichst kurz fassen. Das Nächstliegende für mich würde gewesen sein, zu antworten: In dieser Frage lassen es die politischen Interessen nicht erwünscht erscheinen, daß im Reichstage darüber diskutiert wird. Wenn ich aber nichts weiter gesagt hätte, so hätte ich befürchten müssen, daß vielleicht manche Herren gerade daraus Anlaß nehmen würden, die Sache möglichst breit zu treten. Ich möchte darum also sagen, daß die Beschlüsse der Samoa-Konferenz in der That auf dreiseitige gemeinsame Abmachungen hin zwischen den beteiligten Mächten geheim zu halten sind bis auf Weiteres. Der Moment wird sich für die Bekanntmachung ergeben, sobald die drei Kontrahenten keinen Zweifel mehr haben, daß die Veröffentlichung ohne Schaden stattfinden kann. Der Moment liegt bisher nicht vor. Ich sehe gar keinen Grund, weshalb wir immer nicht dem Reichstage, wenn es ihn interessieren sollte, Mitteilungen über die Abmachungen zugehen lassen. Ferner kann ich doch eine Bemerkung nicht ganz unrelativ vorübergehen lassen. Es wurde eben von Gleichberechtigung der politischen Interessen in Samoa gesprochen. Dasselbe ist von uns niemals angefochten worden. Die Sachlage liegt für Jeden, der sie kennt, politisch so, daß Samoa eine unabhängige Regierung hat und daß politisch alle Mächte, die dort Interessen haben, gleichberechtigt sind; es haben seit Jahren Verhandlungen geschwebt über eine befriedigende Regelung der politischen Verhältnisse, zumal im Hinblick darauf, daß den fortwährenden Kämpfen zwischen den Eingeborenen — den Bürgerkriegen, will ich es nennen — ein Ziel gesetzt würde. Auf der Konferenz sind wir nun zu einem für alle Teile befriedigenden Resultat gelangt im Verein mit den befreundeten Regierungen von den Vereinigten Staaten und von England. Insofern in Bezug auf Samoa das Wort „politisch“ gefallen sein mag, kann es immer nur „handelspolitisch“ heißen, und ich kann also nur bitter, im Interesse der Politik des Reichs diese Sache nicht weiter zu diskutieren. Interessiren wird es die Herren vielleicht noch, zu hören, daß sich auch darin die volle Einigkeit zwischen den drei Regierungen dokumentirt hat, daß der auf Allerhöchsten Befehl vor mehreren Monaten beauftragte und nach Samoa zurückgebrachte frühere König Malietoa auf gemeinsamen Beschluß der Konsuln der drei befreundeten Großmächte wieder als König proklamiert worden ist. Dies ist also ein neues Zeichen dafür, in welchem guten Einvernehmen die drei Vertragsmächte, welche in Samoa vertreten sind, sich dort befinden.

Abg. Richter: Ich würde nicht das Wort erheben haben, wenn der Herr Staatssekretär nicht bemerkt hätte, er wäre überzeugt, daß, wenn er erklärte, es läge nicht im politischen Interesse, dem gegenüber eine Frage weiter zu diskutieren, dann von unserer Seite gerade das Gegenstück erfolgen würde. (Zustimmung links.) Das ist eine ganz willkürliche, aus der Luft gegriffene Voraussetzung, wogegen wir uns auf das Allerentschiedenste verhalten. (Beifall links.) Der Herr Staatssekretär hat nicht die Spur der Berechtigung, sich eine Behauptung aufzustellen, weil er nicht im Stande ist, auch nur ein einziges Beispiel anzuführen, wie jemals gegenüber einer solchen Andeutung vom Ministerium aus von uns die Diskussion fortgesetzt wäre das ist ebenso willkürlich und ungerechtfertigt, als wenn ich etwa behaupten wollte, wenn wir etwas Einseitiges, Gerechtfertigtes wüßten, so thut es die

Regierung aus Eigenfönn nicht, weil es von unserer Seite kommt. So wenig der Staatssekretär es ruhig hinnehmen würde, wenn wir ihm insinuirten, aus Eigenfönn zu handeln, ebenso dürfen wir solche Insinuationen ruhig hinnehmen, selbst wenn sie von Staatsmännern ausgingen, welche sich mehr Verdienste um Deutschland erworben haben, als der Herr Staatssekretär dazu bisher Gelegenheit gehabt hat. (Oh! und Lachen rechts.) Nachdem übrigens der Staatssekretär in Bezug auf die Dampferverbindung erklärt hat, daß hier kein auswärtiges, kein politisches, sondern nur ein handelspolitisches Interesse vorliege, hoffe ich, daß wir demnächst auf die Streichung dieser Samoalinie eingehen werden.

Staatssekretär Graf v. Bismarck: Ich bin leider genöthigt, noch einmal zu sprechen, und zwar wieder aus dem Grunde, den ich schon neulich anführen mußte, nämlich demjenigen, daß der Herr Vorredner es mitunter zu liebem scheint, sich selbst eine Scheibe aufzustellen, die niemand Anders aufgestellt hat, nach der er dann zu werfen beliebt. So ist es auch in diesem Falle. Es ist mir gar nicht eingefallen, meine Partei oder überhaupt irgend Jemand zu nennen. Ich habe ganz allgemein gesagt, daß ich jene Bitte aussprechen würde, wenn ich nicht befürchten müßte, daß dies gerade zum Anlaß genommen werden würde, die Sache breitzutreten. Dafür, daß ich Niemanden genannt habe, kann ich alle anwesenden Herren zu Zeugen anrufen. Wenn trotzdem Herr Richter sich sofort erhob, um mit einiger Bereittheit auf etwas zu erwidern, was ich so gar nicht gesagt hatte, so kann ich nur nach dem alten französischen Sprichwort sagen: qui s'excuse s'accuse. Ich habe Niemand etwas vorgeworfen, habe nur im Allgemeinen gesprochen, wenn sich einer freiwillig getroffen fühlen will, so kann ich nichts dafür. Außerdem habe ich ausdrücklich erklärt, eine Diskussion nicht eröffnen zu wollen, ich habe nur eine Konstatierung vornehmen müssen, weil der Herr Vorredner etwas gesprochen hatte, welches so verstanden werden konnte, als ob eine Gleichberechtigung der politischen Standpunkte früher nicht stattgefunden hätte. Ich habe dies nur richtig gesagt; man ist ja meistens in der Lage, wenn man dem Herrn Vorredner antwortet, nur richtig stellen zu müssen und weiter habe ich diesmal nichts thun wollen. Ueber die Dampfersubvention habe ich kein Wort gesagt. Der Herr Abgeordnete hat behauptet, ich hätte mich über die Dampfer genöhert: da auf den eigenen Antrag des Herrn Vorredners diese Frage in der Kommission verwiesen ist, so glaube ich, daß wir besser thun, unser so weit und breit diskutirtes heutiges Material nicht noch durch solches zu vermehren, welches auf den eigenen Antrag des Herrn Vorredners seiner Zeit in der Kommission erwartet wird. Ich habe nur gesagt, daß in Bezug auf die Inselgruppe von Samoa das Wort „politisch“ stets „handelspolitisch“ bedeutet. Im übrigen habe ich gebeten, über diese Verhältnisse heute nicht weiter zu sprechen; ich kann diese Bitte nur wiederholen.

Abg. Richter: Nach dem ganzen Zusammenhange war die Bemerkung des Staatssekretärs gar nicht anders zu verstehen, als gegen uns gerichtet. (Zustimmung links.) Wenn sie sich auf irgend Jemand draußen bezog, so wäre es besser gewesen, die Bemerkung draußen zu machen. Der Staatssekretär hat aber die Bemerkung noch verschärft, indem er sich bezog auf das Sprichwort qui s'excuse s'accuse. Was würden Sie sagen, wenn ich sagte, es giebt Minister, die, weil sie unfähig sind, eine sachliche Diskussion zu führen, bei jeder Gelegenheit einen persönlichen Streit vom Zaun brechen, und wenn ich mich nachher dahinter zurückziehen wollte, daß ich unter dieser allgemeinen Bemerkung den Herrn Staatssekretär nicht verstanden hätte?

Die Position wird bewilligt.

Für Basel wird ein neues Berufskonsulat (16000 M.) verlangt.

Abg. Richter: Mit dieser Bewilligung sind wir einverstanden. In der Bemerkung zu diesem Etatartikel wird auf unsere vielfachen Beziehungen zu dem Reichslande „Schweiz“ hingewiesen; die offiziöse Presse bezeichnete es bisher als „wildes“ Land. In der Schweiz leben viermal soviel Deutsche, als Schweizer bei uns. Das neue Berufskonsulat in Basel würde aber nicht so viel nützen können, als auf der anderen Seite die Beziehungen zu der Schweiz Schaden leiden würden, wenn der gekündigte Niederlassungsvertrag nicht erneuert werden sollte. Ich freue mich deshalb, daß ich durch meine Voreitellung des Schlußes der Diskussion in der vorigen Sitzung dem Herrn Staatssekretär Gelegenheit gegeben habe, in dieser Sitzung ausdrücklich zu erklären, daß die Geneigtheit zu Unterhandlungen über einen neuen Niederlassungsvertrag mit der Schweiz vorhanden ist. Ein solcher Vertrag würde allerdings die Thätigkeit dieses Konsuls erheblich unterstützen. Es könnte sonst eine Verstimmlung eintreten, die auf unsere Beziehungen zu der Schweiz sehr nachtheilig einwirken würde. Um aber diesem Konsul die Rechtsgrundlage für seine Wirksamkeit zu geben, ist es durchaus nothwendig, den neuen Vertrag in Wirklichkeit als Niederlassungsvertrag und nicht als Ausweisungsvertrag zu schließen. Der ganze Streit mit der Schweiz ist ja dadurch entstanden, daß das auswärtige Amt den Niederlassungsvertrag als einen Ausweisungsvertrag auslegte. Der Deutsche Reichstag würde niemals einem Ausweisungsvertrage zustimmen, wie er es auch früher nicht gethan.

Die Position wird bewilligt.

Zu einem fernerem Titel nimmt abermals das Wort Abg. Richter: Die deutsche Flaggenebung in Witu ist ganz abweichend von der bisherigen Praxis erfolgt. Die deutsche Herrschaft scheint in Witu ganz in die Luft gebaut zu sein und der Fürst von Hohenzollern-Langenburg, der Vorsitzende der Witu-Gesellschaft, nebenbei die einzige fürstliche Person in Deutschland, die nicht bloß für die Kolonialpolitik schwärmt, sondern auch dafür in die Laskhe greift, nimmt nun für diese Gesellschaft den Schutz des Reiches in Anspruch. Die Höhe der Gesellschaft sollen auch auf der Insel Lamu erhoben werden, einem Gebiet, das im Bereiche des Sultans von Sansibar liegt. Es ist dies ein Umstand, der besonders geeignet ist, uns in Verwickelungen mit dem Auslande zu bringen.

Abg. Gammacher: Die vom Herrn Vorredner genannte Witu-Gesellschaft ist eine Privatgesellschaft und auch das Verhältnis des Herrn Fürsten zu Hohenzollern-Langenburg zu derselben ist ein rein privates. Die Voraussetzungen des Herrn Abg. Richter sind zudem falsch, und ich bin gern bereit, ihn privatim über die Verhältnisse aufzuklären.

Abg. Richter: Wenn die Hoheitsrechte des Deutschen Reiches über ein Land oder ein Unternehmen ausgesprochen werden, so unterliegt dasselbe auch der öffentlichen Kritik. Es würde ich z. B. nicht anstehen, die Stellung des Herrn Gammacher zur westafrikanischen Gesellschaft hier zur Sprache zu bringen.

Abg. Gammacher: Die Witu-Gesellschaft ist eine private, und ich meine, daß man nur im äußersten Nothfall private Verhältnisse hier zur Diskussion bringen soll. Ich könnte übrigens Herrn Richter neben dem Fürsten Hohenzollern-

Gerichts-Beitung.

Die Fahnhöfe der Stadtbahn wurden im August cr. von Besonderen in beunruhigender Weise unsicher gemacht und besonders auf dem Schließigen Bahnhöfe kamen viele Taschendiebstähle vor. Zwei der gemiegtesten Kriminalbeamten wurden hier postirt und diese fanden die herrschende Unsicherheit sofort erklärlich, als sie eines Abends die Wittwe Wilhelmine Machotka, eine 60jährige, im Zuchthause ergrante Taschendiebin von Profession, in dem Menschengewühl bemerkten, welches beim Einlaufen eines Juges entstand. Die Beamten beobachteten, daß die Machotka sich in verdächtiger Weise an drei Damen herandrängte und daß ein Mann, der hinter ihr stand, die Bewegungen ihrer Hände mit seinem Körper zu bedecken suchte. Auch dieser Mann war den Beamten bekannt, es war ein Sohn der Machotka aus erster Ehe, ein gewisser Emil Hingz, der gleichfalls häufige Gefängnisstrafen zu verbüßen hatte. Das verdächtige Paar muß die Beamten wohl bemerkt haben; denn bevor noch ein Taschendiebstahl ausgeführt war, so es vor, den Bahnhof zu verlassen. Während der eine der Beamten sich bei den Damen erkundigte, ob sie beschließen seien, folgte der andere Mutter und Sohn, ohne daß diese es bemerkten. Auf der Straße hörte er, daß der Sohn der Mutter Vorwürfe machte durch die Worte: Hältest Du doch besser zugegriffen, jezt laufe ich den ganzen Abend herum und habe nichts davon. Der Beamte schritt nun zu ihrer Verhaftung. Nach den Beschreibungen der früher Verhafteten muß die Machotka die Thäterin gewesen sein und hat die dritte Strafkammer des Landgerichts I für sich überführt erachtet und sie zu sechs Jahren Zuchthaus verurtheilt. Gestern wurde der Buchbinder Hingz von derselben Strafkammer der Beihilfe in einem Falle für schuldig befunden und dieserhalb zu einem Jahre Gefängnis verurtheilt.

Die Angelegenheit des Kaufmanns Draad beschäpft immer noch die Gerichtshöfe. Bekanntlich behauptet derselbe in Wort und Schrift, daß er das Opfer einer großartigen Intrigue geworden, indem man ihn wider besseres Wissen für geisteskrank erklärt und zeitweise auch ins Irrenhaus gesperrt hat. Er beschuldigt eine ganze Anzahl Persönlichkeiten, daß sie ihre Hand zu diesem verbrecherischen Treiben geboten und nachdem es ihm auf Grund der Aussagen anderer medizinischer Sachverständigen gelungen ist, sich gegen ihn zur Anwendung gebrachte Entmündigungsverfügungen wieder zur Aufhebung zu bringen, verfolgt er seine Gegner durch Angriffe in Broschüren und anderen Druckschriften. Besonders der Kreisphysikus Dr. Wallichs Name wird auf das Heftigste von Draad angegriffen und der schwersten Strafbaten beschuldigt. In einem vor kurzem erschienenen Rechtschutz-Kalender hat Draad seine ganze Leidensgeschichte veröffentlicht und den Kreisphysikus Dr. Wallichs wiederum so angegriffen, daß dieser gegen ihn den Strafantrag wegen Beleidigung stellte. Gestern folgte vor der 87. Abtheilung des Schöffengerichts die Sache zur Verhandlung gelang, es kam aber nicht dazu, weil Dr. Wallichs den Strafantrag noch in letzter Stunde zurückgezogen hat.

Draad hat inzwischen einen Roman-Schriftsteller gefunden, der seine aufsehen erregende Angelegenheit in einer Geschichte zusammengestellt hat, welche in Heften unter dem Titel „Der große Irrenhaus-Schwindel“ erscheint und einen enormen Abzug findet.

Der Strafprozeß gegen den Veranfaller des bekannten „Kaiser Spuks“, den jezt zum spiritistischen Medium avancirten früheren Dienstknecht Wolter, wurde heute in fünfter Instanz wieder vor dem Kammergericht an. Das Schöffengericht in Werder hatte nämlich den Angeklagten wegen vier von ihm verübter selbstständiger Handlungen des großen Unfugs zu je einer Woche, in Summa zu vier Wochen Gefängnis verurtheilt, während die Strafkammer zu Potsdam nur zwei Unfugsfälle für erwiesen erachtete, aber dennoch dasselbe Strafmaß wie der erste Richter anwandte. Wegen dieser „reformatio in pejus“, weil nämlich nicht auf die entsprechend geringere Strafe erkannt worden war, hob das Kammergericht in der Revisionsinstanz am 29. Mai cr. die Vorentscheidung auf und wies die Sache behufs anderweitiger Entscheidung wieder an die Strafkammer zu Potsdam zurück, welche nun am 29. September die Strafe auf zwei Wochen Gefängnis festsetzte. Hiergegen legte der Angeklagte wiederum Revision ein, indem er diese Entscheidung sowohl in thatsächlicher als rechtlicher Beziehung angriff und namentlich auszuführen suchte, daß der äußere Bestand der öffentlichen Ordnung durch die inframirten Handlungen nicht verletzt worden, also auch nicht großer Unfug anzunehmen sei. Der Strafenat wies indes mit Rücksicht auf die betr. thatsächliche ohne erheblichen Rechtsirrtum gegebene Feststellung des Vorderrichters die Revision zurück.

Entscheidungen des Reichsgerichts. (Nachdruck verboten.) Leipzig, den 25. November. (Ein Sittenbild aus Hinterpomern.) Unter dieser Ueberschrift veröffentlichte der in Stargard erscheinende „Stettiner Volksbote“ in seiner diesjährigen Nr. 20 einen Leitartikel, welcher in Verbindung mit einer in der vorhergehenden Nummer unter der Spitzmarke „Lobtschlag“ veröffentlichten Notiz die Veranlassung wurde, daß der Herausgeber des genannten Blattes, Herr Fritz Herber, zu einer zweimonatigen Gefängnisstrafe wegen Beleidigung von der Strafkammer in Stargard (Hinterpomern) verurtheilt wurde. Der objektive Inhalt der beiden Artikel war folgender. Am 5. März d. J. hatte der Arbeiter Wegener, der von dem Rittergutsbesitzer Hartwig Mah in Neuendorf bei Rastow entlassen worden war, aus einem vom Gute gehörigen Parkbezirke einen Arm voll Reisig geholt, um damit sein Zimmer zu erwärmen und zugleich Brod zu backen. Herr Mah hatte hiervon Kenntnis erhalten und war persönlich zu Wegener gegangen, um das Holz, auf welches dieser nach seiner Ansicht keinen Anspruch mehr hatte, wieder fortzuholen. Als Wegener die Herausgabe verweigerte, ging Mah fort, kam aber bald in Begleitung seines Inspektors Brand und seines Kutschers wieder, wobei er sein Ansehen wiederholte. Wegener war aber nicht zur Herausgabe des Holzes zu bewegen und ergriff, als Mah seine Leute zur Vornahme von Gewalt veranlassen wollte, eine Art. Hierauf verlegte der Inspektor Brand dem Wegener einen Hieb über den Kopf, so daß die Schadelkugel zertrümmert wurde und der Unglückliche todt zu Boden stürzte. Unbeirrt durch die daliegende Leiche und das Jammergeschrei der Frau Wegener, die sich so plötzlich ihres Ernährers beraubt sah, eigneten sich die beiden Gehilfen des Mah das Holz an und zerhörten auf Geheiß ihres Herrn den in der Stube befindlichen Backofen. Auf die erstattete Anzeige hin erklärte der Staatsanwalt, gegen Brand nicht einzuschreiten zu können, da derselbe in Rothwehr gehandelt habe. Die von der Wittve des Getödteten hiergegen erhobene Beschwerde wurde vom Oberstaatsanwalt als ungründet verworfen. Dieser Sachverhalt bildete also, wie erwähnt, die Grundlage der beiden Artikel, wegen deren Herr Herber vom Staatsanwalt im öffentlichen Interesse ver-

folgt wurde. Beleidigt war durch dieselben nämlich der Rittergutsbesitzer Mah. Nach den Feststellungen des Landgerichts Stargard enthielt schon der erste Artikel beleidigende Vorwürfe gegen den Rittergutsbesitzer Mah. In erster Linie wurde in Frage gestellt, ob die Wegnahme des Holzes durch Wegener überhaupt ein Diebstahl sei, sodann hiß es an einer Stelle: „Der Gutsbesitzer Mah veranlaßte seine Leute, auf Wegener einzuhauen und ihm die Schadelkugel einzuschlagen.“ Die Hauptrolle kam aber erst in dem zweiten, größeren Artikel. Es sei gleich an dieser Stelle erwähnt, daß das Landgericht Stargard geglaubt hat, besonderes Gewicht darauf legen zu müssen, daß das Blut des Angeklagten ein sozialdemokratisches sei. Folgende Stellen des Artikels werden als inkriminirt angeführt: „Von einem menschenwürdigen Dasein ist keine Rede für die Arbeiter (nämlich bei den hinterpommerischen Gutsbesitzern). Während die Gutsbesitzer das Geld verprassen, müssen die Arbeiter verhungern.“ „Durchweg fromme Betrüder sind die hinterpommerischen Gutsbesitzer.“ „Nachstehende ist ihnen fremd.“ „Der gnädige Herr ließ in die Wohnung des Arbeiters, um selbst das Holz wieder wegzuholen.“ „Bis zu welchem Grade der Gefühlslosigkeit müssen Menschen abgestumpft sein, die bei strengster Winterkälte einem armen Arbeiter das letzte Holz wegholen, das kann nur in Hinterpomern vorkommen, wo die Arbeiter Menschen zweiter Klasse sind.“ Die Kartellbrüder, die sich für Abschaffung der Sklaverei in Afrika begeistern, möchten wir auf Hinterpomern hinweisen.“ — Das Gericht nahm an, der Angeklagte habe dem Mah den unberechtigten und daher beleidigenden Vorwurf gemacht, er habe seine Leute zu Thätlichkeiten gegen Wegener veranlaßt. Auch wurde als erwiesen angenommen, daß die allgemein gehaltenen Bemerkungen über die hinterpommerischen Gutsbesitzer auf Mah gemünzt gewesen seien, obgleich derselbe nur Gutsbesitzer sei. Wenn in dem zweiten Artikel noch von grauenhaften Zuständen gesprochen und gesagt wird, die Bourgeoispreße habe den Namen des Mah verschwiegen, so glaube das Gericht dem Angeklagten als Hintergedanken bei diesem Passus importiren zu müssen, das Vergehen des Mah sei so scheinlich, daß die Bourgeoispreße sich scheue den Namen mitzutheilen. — Aus der Revision des Angeklagten gegen dieses Urtheil, welche heute (25. November) vor dem 3. Strafsenate des Reichsgerichts zur Verhandlung kam, ist folgendes hervorzuheben: Wenn Mah seinen Leuten gesagt hat, sie sollten den Wegener binden, so hat der Angeklagte dem Mah nicht grundlos den Vorwurf gemacht, er habe seine Leute zu Thätlichkeiten gegen B. aufgefordert, von einer „Beleidigung“ könne also keine Rede sein. Durch die Stelle über die Bourgeoispreße könne höchstens diese selbst, nicht aber Mah beleidigt sein. Wenn von Gutsbesitzern und Kartellbrüdern gesprochen sei, so könne daraus nicht ohne weiteres gefolgert werden, daß sich dies alles auf Mah beziehen solle, da seine Zugehörigkeit zum Kartell nicht festgestellt sei. Wenn der Artikel in dem Gehäßen des Mah einen Mangel an Nächstenliebe finde, so sei dies durchaus berechtigt. Es dürfte die Pflicht jeden Staatsbürgers sein, diesen Mangel von Nächstenliebe mit Verachtung zu erwähen. Uebrigens habe doch Mah durchaus ohne Rechtstitel gehandelt, denn unerlaubte Selbsthilfe, Aufreizung zur Willkürhandlung seien doch verboten. Der Reichsanwalt, Herr Dr. Lippmann, beantragte die Verwerfung der Revision. Nach den Feststellungen habe Angeklagter dem Mah den unwahren und daher unberechtigten Vorwurf gemacht, daß er den Wegener unehrenhaft und roh habe behandeln lassen. Was die Bourgeoispreße betreffe, so könne man vielleicht der Auffassung der Revision folgen, in dessen Hände dem die thatsächliche Feststellung entgegen. Auf § 93 habe der Angeklagte sich nicht berufen, und von amtswegen habe das Gericht nicht nöthig gehabt, sich über § 93 zu äußern. Das Reichsgericht verwarf sodann aus diesen Gründen die Revision des Angeklagten.

Elberfelder Sozialistenprozeß.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Willing: Am 17. Dezember 1885 fand eine geheime Versammlung statt, in welcher Verschiedenes, auch über die Agitation für die „Fr. Pr.“, besprochen wurde. Beschlossen wurde, daß Jeder, der den „Sozialdemokrat“ haben wolle, ihn unter Kouvert direkt von Zürich beziehen solle. Die Anstellung von Abami an der „Fr. Pr.“ wurde abgelehnt. Julius Weber hatte den Vorsitz in der geheimen Versammlung. Darm erklärte, daß Jemand für die Fortsetzung der „Fr. Pr.“ 3000 M. gezeichnet habe.

Verh.: Es handelt sich um eine Versammlung, wofür noch anderes Beweismaterial als Polizeiberichte vorliegt. **Willing:** Am 14. Januar 1886 fand eine geheime Versammlung statt, in welcher über die „Fr. Presse“ gesprochen wurde. Am 28. Juni 1885 sollte ein Parteitag in Blankenstein abgehalten werden. Derselbe hat nach einer Mittheilung stattgefunden. Redner waren Dastig, Barthel, Hülle, Lambert. Es wurde beschlossen, sich gegen Frohme zu erklären. Am 4. Dezember (ich weiß das Jahr nicht mehr) fand eine Vertrauensmännerversammlung statt, wo die Abrechnung vorkam. **Verh.:** Das Sparkastenbuch über 100 M. wird als besonderer Beweis angeführt. Hat sich nicht herausgestellt, daß ein anderer Thielmann als der Angeklagte die Spareinlage gemacht hat?

Willing: Es ist ein Maurer Thielmann. **Verh.:** Die Berichte basiren auf der falschen Unterstellung, daß das Sparkastenbuch dem Angeklagten gehört.

Staatsanwalt: Es hat sich herausgestellt, daß ein anderer Thielmann gleichzeitig mit dem Angeklagten eine Einlage machte.

Willing: Der fremde Thielmann hat 40 Mark erhoben, sie konnten also nicht an den Unterstützungsfonds geschickt werden.

Staatsanwalt: Man weiß noch nicht, ob die geschilderten Verhältnisse thatsächlich sind.

Willing: erwähen die Jentralleitung. **Willing:** Wie ist die Jentralleitung?

Willing: Ich verlese nur das, was mir mitgetheilt wurde. Am 23. November fand eine geheime Versammlung statt, wo Sammelbücher ausgegeben wurden.

Willing: Ist darauf eine Hausdurchsuchung gewesen?

Verh.: Der Präsident konstatiert, daß dies nicht der Fall war.

Hülle: Ich war damals in Paris und habe eine Sammelliste für die französischen Kammerwahlen mitgebracht. Ich persönlich sammelte 10 Mark und sandte sie nach Paris.

Willing: In der Versammlung wurde die Sammlung beschlossen. In einer andern Versammlung wurde über den Streit zwischen Bebel und Frohme und einen Parteitag gesprochen.

Willing: konstatiert, daß die der Polizei bekannten Versammlungen nicht überwacht wurden.

Willing: Es fand eine Vertrauensmännerversammlung statt. An der Versammlung in der Beel nahmen 80 Personen Theil; Oasenleover trat als Redner auf.

Willing: Ist die Versammlung überwacht oder aufgehoben worden?

Willing: Das war nicht in meinem Revier. **Schumacher:** Oasenleover war damals nicht in Solingen. Es tritt eine Pause von 20 Minuten ein.

In der Vernehmung Willings wird fortgefahren.

Willing: Am 15. September 1888 fand eine Vertrauensmännerversammlung statt wegen einer zu veranstaltenden Festlichkeit, wegen eines Briefes an Bismard und wegen der „Schwarzen Liste“. Beschlossen wurde, Alles an den „Sozialdemokrat“ zu Sendende der geheimen Versammlung vorzulegen.

Hülle: Der „Gewährsmann“ mischt unter seine Unwahrheiten hier und da ein Körnchen Wahrheit. Ich habe an Bismard einen Brief abgeschrieben, dessen Inhalt eine in öffentlicher Versammlung angenommene Resolution war, denselben zurückbefommen und öffentlich herumgereicht, weil er wegen der vielen Stempel eine Kuriosität war, den Brief habe ich noch. Von einer geheimen Versammlung kann keine Rede sein.

Willing: Am Schluß der geheimen Versammlung wurde eine Broschüre vertheilt. Am 6. Oktober 1885 fand in der Wiesenstraße eine Versammlung statt mit der Abrechnung wegen des „Soziald.“

Vertheidiger: Zu welcher Tageszeit war die Versammlung?

Willing: Das weiß ich nicht, in der Regel sind die Versammlungen Abends.

Bebel: Es ist wichtig, weil der Volkschein über die Geldsendung nach Zürich vom 6. Oktober datirt.

Willing: Am 27. Oktober fand eine Versammlung statt mit Abrechnungen. Es wurde über die Theiligung an den Landtagswahlen beschlossen und Biered'sche Broschüren vertheilt.

Reumann: Die bei mir gefundenen Broschüren habe ich direkt von Biered.

Willing: Am 15. Dezember wurde in einer Versammlung über die Gründung der „Fr. Pr.“ gesprochen, sowie über deren Haltung.

Hülle: Gille war damals Redakteur der demokratischen „Rheinisch-westfälischen Blätter“, deshalb war vielfach die Frage über die Haltung des Blattes besprochen.

Willing: Später fanden noch weitere Versammlungen statt, in welcher Streitigkeiten geschlichtet und der Beschluß gefaßt wurde, an Stelle der verbotenen „Fr. Presse“ ein anderes Blatt erscheinen zu lassen. Ein Vorschlag Gille's wurde angenommen. Am 26. Dezember 1885 war eine Versammlung bei Morian, am 14. Februar 1886 in der Wohnung Gille's.

Harm: In der Anklageschrift werde ich der Theilnahme an zwei Versammlungen an einem Tage beschuldigt. Das ist doch nicht möglich.

Willing: In der Versammlung wurde Verschiedenes erledigt, auch über Rückstände an den „Sozialdemokrat“ gesprochen.

Präsident: Dies wird bestätigt durch Notizen im „Sozialdemokrat“, in welcher über eingegangene Gelder quittirt wird.

Bebel: In der Fraktion wurde über diese Sache nichts verhandelt.

Willing: Den Bericht über die Versammlung habe ich kurz nach der Versammlung erhalten. Ich verweigere die Aussage darüber, ob ich die Berichte mündlich oder schriftlich erhielt. Im März fand wieder eine Versammlung statt, worin u. a. über die Aufhebung einer rothen Fahne zur Feier des 18. März gesprochen wurde. In einer Versammlung bei Thielmann beizugeligen sich 20 Personen. Am 11. April 1886 fand eine Vertrauensmännerversammlung statt, in welcher über die „Freie Presse“ verhandelt und Salzberg als Kassirer gewählt, sowie eine Preßkommission gewählt wurde. Im gleichen Monat fand abermals eine Versammlung und später ein Auszug nach Schwelm statt.

Salzberg: Ich war und bin noch Kassirer der „Freien Presse“, von Harm angestellt.

Willing: Es wurde über die Fraktionen und den Puttkamer'schen Streikclash gesprochen. Die Versammlung war bei Weber. Am 17. Juni 1886 war bei Schmidt eine Versammlung wegen des Kongresses. Beschlossen wurde, einen Delegirten mit gebundenem Mandat zum Kongreß zu schicken.

Bebel: Ich konstatire, daß eine Ausführung dieser Beschlüsse, soweit sie St. Gallen betreffen, unmöglich war. Dort wurden keine Mandate verlangt.

Willing: Es wurde über den Kongreß noch mehr gesprochen. Am 24. Juni 1886 fand bei Walter eine Versammlung statt mit der Vorbereitung zur Delegirtenwahl. Beschlossen wurden Hülle, Köllinghoff und Weber.

Bebel: Ich konstatire, daß der vorgeschlagene Weber der jezt geladene Zeuge ist. Trotdem wurde er nicht angeklagt.

Willing: Später fanden noch mehrere Versammlungen statt. Als Delegirter wurde Hülle in der Stichwahl gegen Weber gewählt. Bei Schmid fand ebenfalls eine Versammlung statt, später eine Sitzung des Komitees bei Weber am 11. Juli. Es handelte sich um Uebergabe der Geschäfte.

Bebel: Was war der Exekutivausschuß?

Willing: Persönliche Wahrnehmungen machte ich nicht; ich schrieb nur nieder, was mir mitgetheilt wurde.

Hülle: Die Postanweisung an Frau Wiese in Zürich über 136 Franks habe ich nicht geschrieben. Hat die schweizerische Post die Quittung ausgeliefert?

Präsident: Die Quittung ist auf dem regelmäßigen Wege nach Berlin gekommen.

Hülle: Die mir vorgelegte Anweisung von 1882 ist von meiner Hand. Meine Handschrift hat sich inzwischen geändert.

Bebel: Sind noch andere Beweise dafür da, daß Hülle „Korrespondent“ war?

Präsident: Außer den vorliegenden Postanweisungen nicht.

Willing: Am 12. August 1886 war eine Versammlung, in welcher über die schlechte Haltung Köllinghoffs als Expedient verhandelt und beschlossen wurde, denselben abzusetzen.

Köllinghoff: Fehler in der Buchführung der „Freien Presse“ sind mir nicht nachgewiesen, ich habe hier eine Bescheinigung des Herrn Harm.

Willing: Am 29. August 1886 wurde bei Wirth Schimmelpferd über die „Fr. Pr.“ und die Kündigung Wiedmann's gesprochen. Zwei Theilnehmer wurden aufgefordert, einen neuen Organisationsplan auszuarbeiten.

Vertheidiger: Wir konstatiren, daß die Preßkommission sich nur um den redaktionellen Theil, nicht um die Verwaltung der „Fr. Pr.“ zu kümmern hatte.

Harm: Einen Wirth Schimmelpferd, bei dem ich gewesen sein soll, kenne ich nicht.

Willing: Am 23. November fand wieder eine Versammlung wegen der „Fr. Presse“ statt. Später fanden noch einige Versammlungen in dieser Angelegenheit statt; am 5. Dezember bei Schimmelpferd, am 3. Januar 1887 ebensals wegen der „Fr. Presse“.

Verh.: Die „örtliche Verwaltung Varmen“ soll nach der Anklageschrift an die „Fr. Presse“ Geld bezahlt haben; der Bericht des Zeugen spricht von der Partei.

Bebel: Nie in meinem Leben ist mir der Ausdruck „örtliche Verwaltung“ vorgekommen.

Staatsanwalt: Die offizielle Bezeichnung soll das nicht sein.

Bebel: Es wird in der ganzen Anklage von „örtlicher Verwaltung“ gesprochen.

Willing: Die Karte mit dem Stempel ist mir gegeben worden, ob sie für die örtliche Verwaltung dienen soll, weiß ich augenblicklich nicht. Am 16. Januar 1887 wurde eine Versammlung abgehalten, in welcher Wahlen vollzogen wurden. Sammellisten wurden an die Führer ausgegeben (für die Reichstagswahl). Ueber Flugblätter wurde gesprochen. Den Namen Desjajenen, der mir die Karte gab, nenne ich nicht; ich halte ihn für zuverlässig. Es wurde ein Wahlkomitee gewählt und die Abhaltung einer Volksversammlung beschlossen.

